

Lutz Peters:

Niederländische Fremdarbeiter  
bei der Gesenkschmiede  
Hendrichs - Auswertung  
eines Interviews

Niederländische Fremdarbeiter bei der Gesenkschmiede  
Hendrichs

Gliederung:

I. Einleitung

S.1 - 4

II. Historischer Teil:

1. Die Ursachen des Einsatzes von Fremdarbeitern  
in der deutschen Kriegswirtschaft

S.5 - 9

2. Fremdarbeiterrekrutierung seit 1940

S.10 - 14

3. Fremdarbeiter in Solingen

S.15 - 16

4. Die Niederlande unter deutscher Besatzung

S.16 - 18

5. Der Einsatz niederländischer Fremdarbeiter im  
Deutschen Reich und die politischen Auswirkungen  
der Rekrutierungen

S.19 - 24

III. Fremdarbeiter bei Hendrichs - Auswertung des Interviews

1. Rekrutierung und Transport

S.25 - 26

2. Ankunft in Solingen

S.26 - 27

3. Unterbringung und Versorgung

S.27 - 30

4. Arbeitsbedingungen und Verhältnis zu den deutschen  
Kollegen

S. 30 - 33

5. Einschränkungen der Freizügigkeit

S. 34 - 36

6. Diskriminierung der Fremdarbeiter

S.37 - 39

7. Kriegsende

S.39 - 40

Niederländische Fremdarbeiter bei der Gesenkschmiede  
Hendrichs

I. Einleitung:

"Fremdarbeiter" - so nannte man jene, am Ende des zweiten Weltkrieges 7,5 Millionen ausländische Arbeiterinnen, Arbeiter und Kriegsgefangene, die zumeist zwangsweise aus ihrer Heimat verschleppt worden waren, um in Deutschland vor allem in der Rüstungsindustrie eingesetzt zu werden.

Ohne ihren Einsatz hätte das Deutsche Reich den Krieg nicht fast sechs Jahre lang führen können.

Mit ihrer Arbeitskraft mußten sie dazu beitragen, die Flugzeuge, Panzer und Gewehre zu produzieren, die sich gegen ihre Heimatstaaten richteten.

Millionen von ihnen lebten im Deutschen Reich unter erbärmlichen Umständen wie "Sklavenarbeiter"; eine kaum noch bestimmbare Anzahl von ihnen kam ums Leben.

Fremdarbeitergräber sind in fast jeder deutschen Stadt zu finden.

Ihr Schicksal wurde bestimmt von dem Standort, der ihnen in dem rasseideologischen pseudodarwinistischen Weltbild der Nationalsozialisten zukam.

Als "Ostarbeiter" (Polen und Sowjetbürger beiderlei Geschlechts) und sowjetische Kriegsgefangene waren sie der "Vernichtung durch Arbeit" nahe, als "Westarbeiter" war ihr Los erträglicher, wenn auch deren Leben zahlreichen Beschränkungen unterworfen war.

Gemeinsam war beiden Gruppen die Herabwürdigung zum "Rohstoff", die Reduzierung zur reinen Arbeitskraft, die bei kärglichster Verpflegung und Unterbringung die "größtmögliche Leistung" zu erbringen hatte.

Bis in die achtziger Jahre war der sogenannte "Arbeitseinsatz" der Fremdarbeiter im Deutschen Reich ein Thema für Spezialisten. Nur wenige historische Monographien erschienen. (etwa: Edward Homze: Foreign Labour in Nazi Germany, Princeton 1967; H. Pfahmann: Fremdar-

arbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-45; Darmstadt 1968; E. Seeber: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin (Ost) 1964)

Seither ist der Fremdarbeitereinsatz stärker ins Bewußtsein der Forschung getreten, angestoßen vielleicht vom Bewußtsein einer neuen Ausländerproblematik in der Bundesrepublik Deutschland und von der Besorgnis neuer Ausländerfeindlichkeit. Regionale und lokale historische Arbeitskreise begannen sich des Themas anzunehmen, dessen Erforschung es erlaubt, einen tiefen Einblick in den "Alltag unterm Hakenkreuz" der eigenen Heimatstadt zu nehmen.

Auch der vorliegende Aufsatz ist wesentlich lokalhistorisch ausgerichtet und orientiert sich an den Ergebnissen, die die "Solinger Geschichtswerkstatt", der der Autor selbst angehörte, im Jahre 1983 in Form einer Broschüre vorgelegt hat. (Fremdarbeiter in Solingen 1939-1945, 2. erw. Auflage besorgt v. J. Putsch, Leverkusen 1985)

Den Anstoß zu einer neuerlichen Aufarbeitung des Themas für Solingen gab ein Interview, das der Verfasser mit zwei ehemaligen niederländischen Fremdarbeitern der Solinger Gesenkschmiede Hendrichs (den Herren Bakker und Franken) führen konnte. Das Gespräch fand am 25. September 1988 in der Wohnung des Herrn Franken in Breda statt. (Anwesend waren neben den beiden Herren Frau Franken, die Schwester des Herrn Bakker sowie Frau Schreiber-Brandt als Dolmetscherin)

Möglich wurde das Interview durch den Fund von Personalakten niederländischer Fremdarbeiter in den Personalunterlagen der zum Museum umgewandelten Gesenkschmiede durch den Leiter der Außenstelle des Rheinischen Industriemuseums Herrn Dr. Putsch.

Aufgrund der Kooperationsbereitschaft der niederländischen Meldebehörden konnten die Adressen von vier noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern ermittelt werden. Die Herren B. und F. waren unabhängig voneinander bereit zum Gespräch.

Es soll hier zunächst eine kurze Charakteristik der bei-

den Herren folgen, die zur Einschätzung des Quellenwertes ihres Zeugnisses beitragen soll:

Psychologisch haben die Herren die Phase der Zwangsarbeit in Deutschland unterschiedlich verarbeitet.

Herrn B. sind die diskriminierenden Begleitumstände seines Lebens als "Fremdarbeiter" bitterer im Gedächtnis geblieben als F.. Der ganze Vorgang des "Arbeitseinsatzes" ist ihm auch mehr als F. als Unrecht bewußt geworden und geblieben. Die Unterschiede in der Bewältigung des eigenen Schicksales mögen im unterschiedlichen Lebensalter wurzeln. B. war bereits Anfang Zwanzig, als er nach Deutschland gehen mußte, während F. gerade 18 Jahre alt war. Zudem verfügte B. über ein ausgeprägteres politisches Bewußtsein (was die beiden im Gespräch auch heute noch unterscheidet). Beides kann dazu beigetragen haben, daß B. sich weniger gut als F. in sein Schicksal fügen konnte.

Der jüngere F. hatte zudem in der Familie eines deutsch-holländischen Arbeitskollegen (kein Fremdarbeiter) eine Art von "Ersatz-Familie" gefunden, die ihn die Trennung aus seinen gewohnten Lebensverhältnissen besser verarbeiten ließ und ihm die Massenunterkunft ersparte.

F. empfindet auch immer noch Stolz über seine Arbeit als "Schläger" am Fallhammer, die von ihm hohen körperlichen Einsatz und handwerkliches Können verlangt hatte und die höher qualifiziert war als seine Tätigkeit bei der Bredaner Schokoladenfabrik, bei der er vorher gearbeitet hatte.

Vermutlich war er durch diese Arbeit bei Hendrichs auch stärker in die deutsche Betriebsgemeinschaft integriert als Herr B., der unterschiedliche Tätigkeiten verrichtete und zeitweise von der Betriebsleitung als Dolmetscher eingesetzt wurde, da er Deutsch spricht und sprach.

Es scheint in die bisher geschilderte Logik zu passen, daß nur Herr B. heimliche politische Gespräche mit einem Hendrichs-Arbeiter (Finke) führte, der sich ihm gegenüber als Anhänger der Kommunistischen Partei Deutschlands zu erkennen gab, der nach der Machtergreifung unter Verfolgung gelitten hatte. Möglicherweise nahm auch er durch sein Schicksal (über das er ja normalerweise

nicht reden durfte) seinerseits eine Außenseiterposition innerhalb der deutschen Belegschaft ein.

Gemeinsam ist beiden Herren, daß kein Deutschenhass oder andauernde tiefe Verbitterung zurückgeblieben sind.

So wurde das Gespräch, das in sehr herzlicher Atmosphäre stattfand, von seiten des Herrn B. vorwiegend in deutscher Sprache bestritten.

Beide zeigten sich erfreut über das Interesse an ihrem Schicksal und gaben bereitwillig Auskunft. (Sie äußerten sogar den Wunsch, Solingen und die Firma, in der sie über zweieinhalb Jahre gelebt und gearbeitet hatten, wiederzusehen.)

Das Treffen in der Wohnung des Herrn F. war für beide das erste Wiedersehen seit Kriegsende, obwohl sie nur durch wenige Straßenzüge getrennt in Breda leben - ein Zeichen eigener Verdrängung?

Wenn auch ihre Aussagen zum Stand der geschichtswissenschaftlichen Forschungen(1) nichts Neues beitragen können, so findet ihr Zeugnis doch seinen Wert darin, daß hier Geschichte und Politik in ihren Auswirkungen unmittelbar erlebt und erfahren wurde.

Ihr Bericht macht Historie und historische Zusammenhänge auch für den Nicht-Geschichtskundigen unmittelbar versteh- und nachvollziehbar.

Die Aussagen der beiden Herren wurden systematisiert, d. h. , aus dem Zusammenhang des Interviews, das sich eher spontan und assoziativ-unsystematisch entwickelte, herausgenommen. Die Antworten wurden unter den Aspekten Rekrutierung und Transport, Unterbringung und Lebensbedingungen, Arbeitsbedingungen, Verhältnis zur deutschen Belegschaft, Einschränkungen der Freizügigkeit, Diskriminierung und Befreiung neu zusammengestellt.

(Die Übersetzung besorgte Frau Schreiber-Brandt.)

Der Auswertung des Interviews wurde ein Kapitel zur deutschen Kriegswirtschaft und zur Besatzung der Niederlande vorangestellt, da dies für die Vermittlung der notwendigen Zusammenhänge unumgänglich erschien.

Zudem wäre eine Darstellung des Schicksals niederländischer Fremdarbeiter, die das Los der Fremdarbeiter insgesamt außer Acht läßt, nach Ansicht des Verfassers unvollständig.

-----

(1)Grundlegend ist das Werk von A.Sijes:

## II.1. Die Ursachen des Einsatzes von Fremdarbeitern in der deutschen Kriegswirtschaft

Die nationalsozialistische Außenpolitik war von den Anfängen der NSDAP bis wenige Stunden vor Hitlers Selbstmord beherrscht von dem utopisch anmutenden Fernziel der Gewinnung von "Lebensraum" und Rohstoffen im Osten Europas durch Raubkrieg und Eroberung.(2)

Aufrüstung und Staatsverschuldung zur Finanzierung der Aufrüstung kennzeichneten daher die NS-Wirtschaftspolitik schon von 1933 an. Diese Politik, die der deutschen Großindustrie (Chemie, Metallerzeugung und-verarbeitung) volle Auftragsbücher bescherte und durch die die Massenarbeitslosigkeit schneller überwunden wurde als in anderen Staaten, wurde auch von bürgerlichen Politikern, die noch aus der Weimarer Republik stammten, unterstützt und vorangetrieben (Vor allem: Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht) und von weiten Kreisen der Industrie begrüßt.

Die gute Konjunktur, die der NS-Staat garantierte, ließ sie auch akzeptieren, daß die Marktwirtschaft mehr und mehr abgelöst wurde von der "Wirtschaftsdiktatur" (Gerhard Scholz), bei der der nationalsozialistische Staat zunehmend bestimmte, wer welche Produkte und zu welchen Preisen produzierte.

Einen wichtigen Schritt auf dem Weg in den Krieg stellte der "Vierjahresplan" des Jahres 1936 dar, der die Wirtschaft offen staatlicher Lenkung unterwarf:

Der Industrie wurden Normen, Produktionsziele in Mengenangaben vorgegeben. Betroffen war die Produktion von Roh- und Grundstoffen sowie die Lebensmittelerzeugung.

-----  
De arbeidsinzet 1940-1945. De gedwongen arbeid van Nederlanders in Duitsland, s' Gravenhage 1966; G.Hirschfeld: Der "freiwillige" Arbeitseinsatz niederländischer Fremdarbeiter während des zweiten Weltkrieges als Krisenstrategie einer nicht-nationalsozialistischen Verwaltung, in: H.Mommsen/W.Schulze(Hg.): Vom Elend der Handarbeit - Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981 (Geschichte und Gesellschaft 24), S.497-513.

(2) "Es muß weiter das Ziel sein, dem deutschen Volk Raum im Osten zu gewinnen" - aus: Abschiedsworte an die Wehrmacht vom 30.April 1945 (Nachtrag zum politischen Testament) In: H.R. Trevor-Roper: Hitlers letzte Tage, Frankfurt/Main Berlin 1965

Ziel war, das Deutsche Reich unabhängig vom Außenhandel, also autark zu machen. Dies sollte Vorbedingung einer erfolgreichen Kriegführung sein, da ja im Krieg die meisten Handelsbeziehungen notwendig zerrissen würden. Beauftragt mit der Durchführung des Vierjahresplanes, mit dem gezielte staatliche Investitionen verbunden waren, war Göring, der für den Plan ein Motto prägte, das sprichwörtlich wurde: "Kanonen statt Butter". Die eindeutige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf den zukünftigen Krieg zeigt auch die Denkschrift, die Hitler zum Vierjahresplan verfaßte:

"Ich stelle hiermit folgende Aufgaben:

- I. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein,
- II. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein." (3)

Die Planziele wurden jedoch in den folgenden Jahren nur teilweise erreicht oder überboten (bei Kohle, Strom, Sprengstoff, Textilfasern). Kriegswichtige Grundgüter wie Eisen, Stahl, Kupfer, Buna (Kunst-Kautschuk) und Mineralöl konnten in ausreichender Menge nicht erstellt werden. Selbst in der Lebensmittelversorgung blieb das Reich auf den Außenhandel angewiesen:

Der Selbstversorgungsgrad bei Getreide und anderen Agrargütern stieg trotz "Erzeugungsschlacht" und Anreiz durch Hochpreise zwischen 1933 und 1939 lediglich von 80 auf 83%. (4)

Konsequenz der strukturellen Schwäche in der Rohstoffproduktion war die fehlende "Tiefenrüstung":

die Waffenfabriken produzierten zwar massenhaft Waffen; es mangelte jedoch langfristig gesehen am "Unterbau".

Die Kapazität der Grund- und Zulieferindustrien (Eisen- und Stahlindustrie, Maschinenbau) blieb begrenzt.

Folge war, daß das Deutsche Reich sich einen "Abnutzungskrieg" nicht erlauben konnte: Materialverluste während eines länger dauernden Krieges konnten nicht schnell genug ersetzt werden. (Tatsächlich konnte es das Deutsche Reich zu keinem Zeitpunkt mit den gewaltigen Rohstoff- und Arbeitskräftepotentialen der USA oder des Britischen Empire aufnehmen.)

-----  
(3)W.Treue: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, VfZG III/2 4.1955, S.210

(4) Vgl. E.Aleff: Das Dritte Reich, Hannover <sup>20</sup> 1982 (<sup>1</sup> 1970), S.128



Auf der anderen Seite war der NS-Staat durch die Aufrüstung finanziell zerrüttet; nur die Devisenvorräte des 1938 annektierten österreichischen Staates konnten den Staatsbankrott, den Zusammenbruch für eine begrenzte Zeit abwehren. Die Aufrüstung war nicht mehr lange finanzierbar, der Krieg nicht mehr lange aufschiebbar.

Das absehbare Dilemma, die strukturellen Schwächen in der zur Verfügung stehenden Zeitspanne nicht beseitigen zu können, "löste" man durch eine neuartige militärische Strategie - dem "Blitzkriegskonzept":

Durch eine kurzfristige "Kraftüberspannung" (Aleff) der Produktionspotentiale sollte rüstungstechnisch eine Anfangsübermacht über die anderen europäischen Staaten gewonnen werden, die sodann in überraschenden "Blitzkriegen" niedergeworfen werden sollten - "um dann die Wirtschaft mit Ausplünderung unterwerfender Länder zu sanieren".(5) Den Glücksspielcharakter einer solchen Politik hatte der "Beauftragte für den Vierjahresplan" Hermann Göring bereits 1936 in einer Rede vor Unternehmern offengelegt:

"Sieg oder Untergang. Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden. (...) Wir spielen um den höchsten Einsatz. Was würde sich wohl mehr lohnen als Aufträge für die Aufrüstung?" (6)

Die Hoffnung, die NS-Führung und Wehrmacht in das Gelingen der Blitzkriegstrategie setzten, führte dazu, daß weitergehende Planungen und Produktionsumstellungen für den Fall eines langandauernden Krieges unterblieben (und zum Großteil erst 1942 durch Rüstungsminister Speer eingeleitet wurden).

*zu  
Verlust*

Dieser Mangel wurde zur Ursache des Einsatzes ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, da auch der deutsche Arbeitsmarkt für die Kriegführung nur unzureichend mobilisiert worden war:

Vollbeschäftigung war im Zuge der Aufrüstung schon 1938 verwirklicht worden. Dennoch waren 1939 nur knapp 73% der 14 - 65jährigen erwerbstätig, 3% weniger als 1925. Zwar brachten die Einführung des Arbeitsbuches (1935), die "Notdienstverordnung" (1938) und die "Dienstpflichtverordnung" (1939) dem Staat die größte Verfügungsmöglichkeit und Kontrolle über den einzelnen Arbeiter; aber

----  
(5) E. Aleff: Das III. Reich, a.a.O., S.128

(6) ebd. S.128

Landwirtschaft und häusliche Dienste blieben gegenüber der Industrie überbesetzt.

Besonders halbherzig war der Einsatz von Frauen in der Industrie, da er nicht der nationalsozialistischen Vorstellung von der "Deutschen Frau" entsprach - 75% der rund 14,6 Millionen erwerbstätigen Frauen waren deshalb in Haus- und Landwirtschaft beschäftigt. Die Zahl selbst wurde bis zum September 1944 lediglich um knapp 300.000 gesteigert.

"Der 1939 auf eine Million veranschlagte Arbeitskräfte-Fehlbestand ließ sich mit Auskämmen 'unwichtiger' Berufe (...), Einsatz von Invaliden und Häftlingen, Razzien auf 'Arbeits-scheue' nicht ausgleichen. Anfang 1939 beschäftigte das 'Volk ohne Raum' 435 903 Ausländer. (1929: 125 388)" (7)

Diese Situation machte den Blitzkriegsglauben nach Kriegsausbruch schnell zur Makulatur:

Zwar war Polen im September 1939 innerhalb kurzer Zeit überrollt und ersparte der "Sitzkrieg" im Westen den Deutschen zunächst den Zweifrontenkrieg, aber innerhalb eines Jahres (Mai 1939 - Mai 1940) wurden der deutschen Wirtschaft 4,4 Millionen Menschen durch Einziehung zur Wehrmacht genommen - das war nahezu jede fünfte Arbeitskraft. Die Produktion war so nicht aufrechtzuerhalten. Überdies blieben in den deutschen Ostgebieten die polnischen Saisonarbeiter aus, auf die die dortige Landwirtschaft angewiesen war - die Ernteeinbringung und damit die Versorgung der deutschen Bevölkerung war gefährdet. Erst in dieser Situation fiel die Entscheidung, polnische Kriegsgefangene und Zivilisten ins Reich zum Arbeitseinsatz zu deportieren.

Schon einen Monat vor dem Fall Warschaus (Ende Oktober 1939) waren über 30 Arbeitsämter in den besetzten Gebieten eingerichtet und mit der Anwerbung von Arbeitskräften beschäftigt.

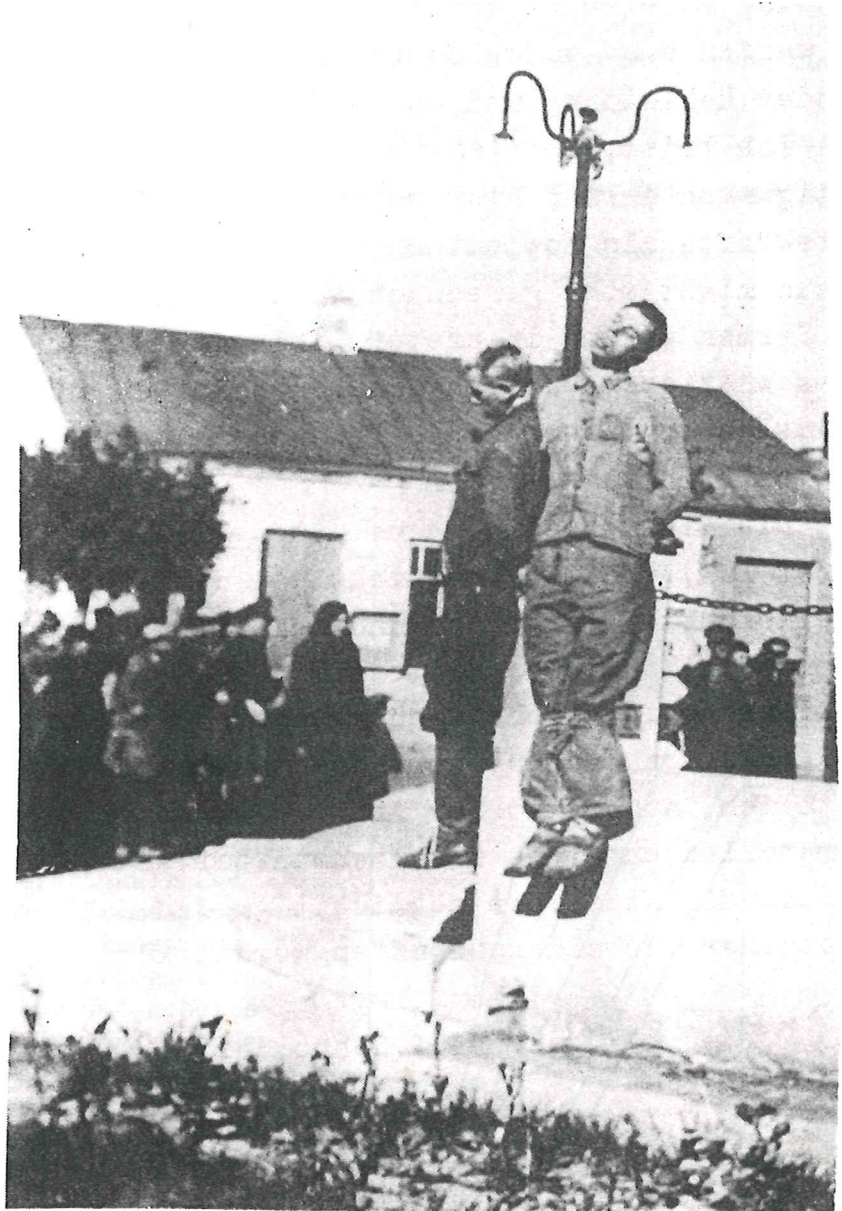
Ebenfalls im Oktober waren schon 110.000 Menschen (zum großen Teil zwangsweise) nach Deutschland verfrachtet. Daneben arbeiteten 300.000 polnische Kriegsgefangene in der Ernteeinbringung.

Schnell gingen die Rekrutierungsmethoden da, wo freiwillige Werbung oder die Verpflichtung auf dem Verordnungswege nicht zum gewünschten Erfolg führten, zur Gewalt über. (7) Aleff: Das III. Reich, a.a.O., S.127

Hetzjagden und Razzien auf arbeitsfähige Menschen begannen. Der Grundsatz: "keinerlei Rücksichtnahme auf entstehende Schäden", den der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, General Thomas, zu Beginn des Krieges aufgestellt hatte, wurde brutal praktiziert.

Seit Juli 1942 wurden regelrechte Menschenjagden von Polizei und SS in Polen durchgeführt.

Die Methoden, die die Deutschen bei der Arbeitskräfte- rekrutierung in Polen anwandten, wiederholten sich später in den besetzten BeNeLux-Staaten, in Frankreich und in der Sowjetunion.



Hingerichtete Zivilisten in  
einem polnischen Dorf 1941.  
Sie hatten sich geweigert,  
nach Deutschland zu gehen.

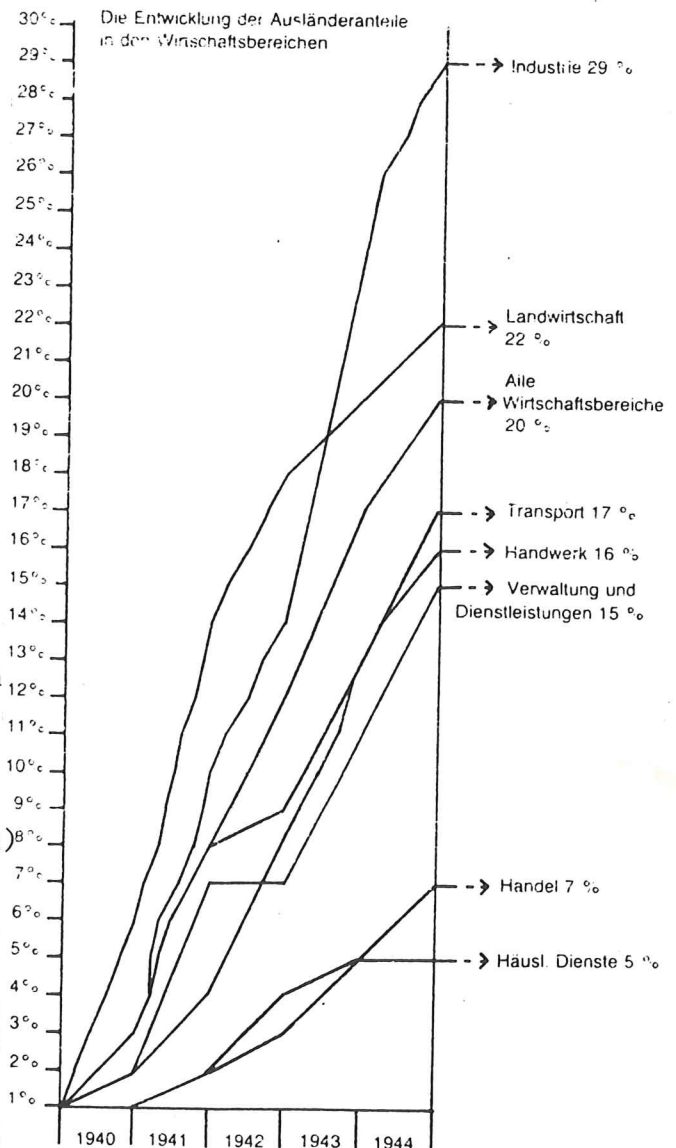
2. Fremdarbeiterrekrutierung seit 1940

Die Rekrutierung ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener hatte nicht nur den Sinn, Wehrmachtssoldaten in der Produktion zu ersetzen; sie war auch ein Mittel, die deutsche Bevölkerung die Folgen des Krieges nicht mit aller Härte spüren zu lassen:

"Ohne den Einsatz der (...) ausländischen Arbeiter hätte die deutsche Führung die eigene Bevölkerung stärker zum Arbeitseinsatz heranziehen müssen, wären die Ernteergebnisse und damit die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln schlechter ausgefallen und wäre es notwendig geworden, nicht direkt kriegswichtige Produktionszweige zu einem früheren Zeitpunkt oder in größerem Umfang einzuschränken, als dies der Fall war. Alle diese unpopulären Maßnahmen hätten jedoch negative Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung gehabt - eine Entwicklung, die die deutsche Führung tunlichst vermeiden wollte." (8)

Schnell verlagerte sich seit 1940 der Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte von der Landwirtschaft zur Industrie:

aus: Ingrid H.E. Schupetta: Jeder das Ihre - Frauenerwerbstätigkeit und Einsatz von Fremdarbeitern und -arbeiterinnen im Zweiten Weltkrieg, In: Mutterkreuz und Arbeitsbuch (hg. v. der Frauengruppe Faschismusforschung) Frankfurt/Main 1981, S.304



(8) August, J.: ~

Der Bedarf am "Rohstoff Mensch" (so der Leiter des Reichsarbeitsdienstes, W. Decker im Jahre 1941) nahm bald ungeheure Ausmaße an. Schon im Februar 1940 verlangte Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan vom Generalgouverneur im besetzten Polen, Hans Frank, die Entsendung einer weiteren Million Menschen.

Durch die Ausweitung des Krieges auf die Sowjetunion gegen Mitte des Jahres 1941 nahmen die Menschenanforderungen der deutschen Industrie kein Ende mehr.

Da die Wehrmacht zu diesem Zeitpunkt schon große Teile Europas besetzt hielt (z.B. Norwegen, BeNeLux-Staaten, Frankreich) und hier die Rekrutierung von Arbeitskräften betrieb, ging man nun auch hier ab vom Prinzip der Freiwilligkeit. Länger als in Polen hatte man in diesen Ländern, wenn auch nur aus Propagandazwecken, auf das Prinzip der freiwilligen Werbung gesetzt.

Die Wahrheit über Transport, Unterbringung und den gefangenähnlichen Status der Zwangsarbeiter war jedoch bis zur Bevölkerung durchgedrungen.

Eine weitere Wende zum Schlechteren setzte für die besetzten Völker im Frühjahr 1942 ein - in der Winterkrise der Ostfront: Nach dem Unfalltod des Rüstungsministers Todt übernahm Albert Speer, ein Architekt, dieses Amt. Er stellte die Wirtschaftspolitik endgültig vom Konzept des Blitzkrieges auf den langfristigen Krieg um und steigerte sogar noch die Produktion erheblich.

Die dafür notwendigen Arbeitskräfte beschaffte ihm der ehemalige Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel, der die neugeschaffene Funktionsstelle eines "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" bekleidete.

-----  
in Deutschland in den 30er Jahren und der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte während des zweiten Weltkrieges. Das Fallbeispiel der polnischen zivilen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen, in: Archiv f. Sozialgeschichte XXIV, 1984 S.351 - Auch der Firma Hendrichs war es durch den Einsatz der niederländischen Arbeiter während des Krieges möglich, neben der Rüstungsproduktion (Granatböden etc.) weiterhin Haushaltsscheren zu schlagen.

Durch Sauckel wurden die Rekrutierung und ihre Methoden auch in den westeuropäischen Ländern noch radikaler - bis hin zu Razzien und Verschleppungsaktionen. In vier "Wellen" ließ er zu den fünf Millionen Zwangsarbeitern, die er vorgefunden hatte, weitere fünf Millionen rekrutieren. Er selbst gab später zu, daß von diesen fünf Millionen keine zweihunderttausend freiwillig gekommen waren. (Sauckel wurde beim "Nürnberger Prozeß" als einer der Hauptangeklagten zum Tode verurteilt und 1946 hingerichtet.)

Trotz Sauckels rigorosen Methoden klaffte die Schere zwischen angeforderten und tatsächlich rekrutierten Arbeitskräften zunehmend auseinander: das Arbeitskräftepotential wurde geringer; gleichzeitig gaben die Besatzungs- und Rekrutierungsmethoden den nationalen Widerstandsbewegungen Auftrieb. Schließlich eroberten die alliierten Armeen die besetzten Gebiete zurück.

Tabelle: Zusammenfassung von Sauckels vier Rekrutierungswellen von April 1942 bis 1945 (Zivilisten)

Dauer der Aktion	Quote benötigter Arbeiter	Quote rekrutierter Arbeiter
April- Sept. 1942	1.600.000	1.639.794
Sept.- Dez. 1942	1.000.000	1.102.093
1943	1.600.000	1.427.680
1944	4.050.000	1.210.000
Insgesamt:	8.250.000	5.379.000

( zusammengestellt nach: Edward L. Homze, Foreign Labor in Nazi Germany, Princeton 1967, S. 152)

Kalkulation und Planung des Fremdarbeitereinsatzes garieten den Rüstungs- und Wirtschaftsbehörden aber auch durch die Eigeninteressen der deutschen Wirtschaft aus der Hand. Die Zahl der Angeforderten war nicht immer von der Notwendigkeit, die Produktion aufrechtzuerhalten, bestimmt: Es war einfach billiger, Zwangsarbeiter einzusetzen:

"Die Möglichkeit der Zuweisung polnischer Kriegsgefangener wollten Landwirte dazu benutzen, ihre gelernten deutschen Landarbeiter zu lassen und dafür polnische Kriegsgefangene anzufordern.(...)" Solinger Kriegschronik, Bd. 30 vom 10.10.39

ent

Jeder Unternehmer konnte ausländische Arbeitskräfte bei den örtlichen Arbeitsämtern oder bei den zuständigen Wehrmachtsbehörden anfordern; die Interessenvertreter der Großindustrie trugen ihre Wünsche zudem einer Reichswirtschaftsbehörde, der "Zentralen Planung", vor, die koordinieren und regulieren sollte.

An das  
Kommando des Rüstungsbereichs

D u s s e l d o r f  
Robstr. 135

Is. G5 a 32 -I-

18.1.42 4/DI.

26

27. Januar 1942

Bundschreiben Nr. 2/42  
Einsatz von sowjet. Kriegsgefangenen.

Wir benötigen:

- a)
  1. 50 Maschinenschlosser
  2. 50 Dreher (evtl. statt Dreher Hor.-Bohrer, Hobler, Rev.-Dreher).
- b) 100 Hilfsarbeiter (z.T. zur Umschulung für Gerätefertigung).

Die Unterbringungsöglichkeit wird wie folgt geregelt:

- a) 30 Mann in Gemeinschaftslager der Industrie- und Handelskammer, Solingen,
- b) 170 Mann in eigenen Lager.

Die erforderlichen Baracken haben wir in Berlin bereits angefordert. Sollte die Gestellung durch Berlin nicht möglich sein, werden wir selbst für die rechtzeitige Erstellung der Baracken Sorge tragen. Das geeignete Gelände hierfür ist vorhanden.

Die Bewachung innerhalb unseres Betriebes ist durch deutsche Vorarbeit die Weltkriegsteilnehmer sind, gewährleistet. Wir nehmen an, daß für das Lager selbst ein militärischer Wachtposten gestellt wird, da es sich ja innerhalb um 170 Mann handelt.

Die von uns angeforderte Zahl von insgesamt 200 Mann erklärt sich aus folgenden Gründen: Die Facharbeiter werden für den Einsatz in unserer Maschinenfabrik benötigt, da wir hier bereits 55 Facharbeiter im Monat Januar durch Einberufungen verloren haben und mit dem Abzug weiteren Arbeitskräfte der Jahrgänge 1908 und jünger sowie des Jahrganges 1923 rechnen müssen. Der Einsatz der Hilfsarbeiter soll in der Gerätefabrik erfolgen, die in 2 Schichten laufen soll.

Heil Hitler!  
TH. KI. SEIDLING & ALBRECHT

Beispiel einer Arbeitskräfteanforderung eines Solinger Betriebes (StA Solingen, Fi 4-9.)

Besonders die Großindustrie suchte dabei aus den Zwangsarbeitern den größtmöglichen Profit zu ziehen: Polnische und sowjetische Staatsbürger gehörten zu den besonders begehrten Ausländergruppen, da sie als weitgehend entrechtete Menschen deutlich weniger Lohn bezogen als Deutsche und Westarbeiter und auch ihre Arbeitskraft rigoros ausbeuten war.

Wenn auch die Zahl der gleichzeitig im Reich beschäftigten Zwangsarbeiter nie 7,5 Millionen überstieg, so lag die Summe der Rekrutierten doch höher - Sauckel selbst hatte sie auf 10 Millionen geschätzt. Es erscheint aber nach anderen Schätzungen auch möglich, daß zwischen 1939 und 1945 fast 12 Millionen Menschen verschleppt wurden, um in Deutschland zu arbeiten.

Die Differenz erklärt sich als Folge von Flucht, Invalidität und Krankheit, vor allem aber infolge Todes aufgrund schlechter Ernährung, Krankheit, Vernachlässigung und Hinrichtung.

Tabelle: Verteilung ausländischer Arbeitskräfte (Kriegsgefangene und Fremdarbeiter) im Dritten Reich nach Geschlecht und Nationalität (in 1.000) - Stand Herbst 1943

Nation	Fremd- arbeiter	Kriegs- gefangene	Gesamt männlich	%	Fremdar- beiterinnen	%
Frankreich	605	739	1.344	26,3	44	2,6
UDSSR	817	496	1.313	25,8	899	52,4
Polen	1.094	29	1.123	22,0	527	30,7
Belgien	195	53	248	4,9	33	1,9
Böhmen- Mähren	244	--	244	4,8	42	2,5
Holland	236	--	236	4,6	20	1,2
Serbien	34	94	128	2,5	11	0,7
Italien	103	--	103	2,0	14	0,8
andere	303	54	357	7,1	124	7,2
Insgesamt	3.631	1.465	5.096	100	1.714	100

( aus: Edward L. Homze, Foreign Labor in Nazi Germany, Princeton 1967, S. 195.  
zusammengestellt nach französischen Unterlagen für den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß 1947 , nach Daten für den Herbst 1943 )



### 3. Fremdarbeiter in Solingen

In Solinger Betrieben wurden seit 1939 Kriegsgefangene und FremdarbeiterInnen eingesetzt.

Gegen Kriegsende lebten schließlich über 10.000 Männer und Frauen in über das Stadtgebiet verstreuten Lagern und Baracken, die von den Firmen eingerichtet worden waren, bei denen sie arbeiten mußten.

Entsprechend der Solinger Wirtschaftsstruktur war nur etwa ein Fünftel von ihnen in den Haushalten und der Landwirtschaft beschäftigt, der überwiegende Teil in der kriegswichtigen Solinger Metallindustrie.

Allein bei der Firma Rautenbach in Solingen-Wald arbeiteten nach einer Aufstellung des Jahres 1943 über 1200 Kriegsgefangene und FremdarbeiterInnen.

Den höchsten Anteil an den ausländischen Zwangsarbeitern stellten in Solingen russische Frauen und Männer, die -wie bereits ausgeführt wurde- schlechter bezahlt und untergebracht wurden als die sog. "Westarbeiter".



Propagandafoto, das eine Russin in einem Rüstungsbetrieb zeigt. Deutlich erkennbar das Abzeichen "Ost", das die "Ostarbeiter" tragen mußten.

Klein war die Zahl der in Solingen arbeitenden und lebenden Holländer, am 1.1.1943 waren es 454, darunter eine Frau . (Quelle: StA Solingen, 608-53-11)

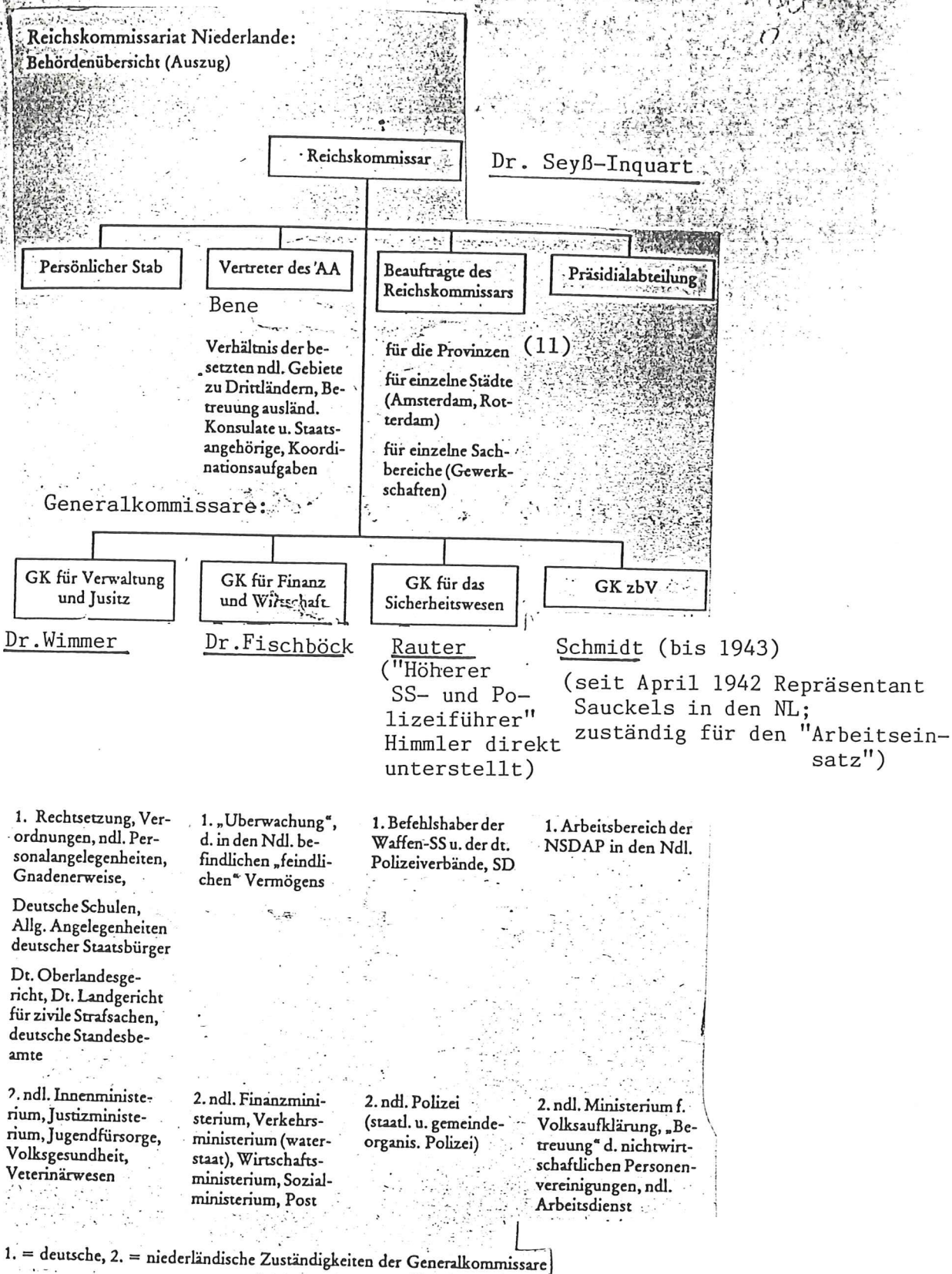
Die Situation der niederländischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter in Deutschland war widersprüchlich. Einerseits gehörten sie einer Nation an, die in der nationalsozialistischen rassistischen Vorstellung den Rang eines "germanischen Brudervolkes" einnahm und von der offiziellen deutschen Propaganda umworben wurde. Tatsächlich waren auch sie nur wegen ihrer Arbeitskraft begehrt. Das propagandistisch schöngefärbte Bild vom Brudervolk hat jedoch vielfach den Blick für die Realität der deutschen Besatzung der Niederlande verstellt. Daher folgt an dieser Stelle eine kurze Darstellung der deutschen Besatzungspolitik in den Niederlanden.

#### 4. Die Niederlande unter deutscher Besatzung

Ohne Kriegserklärung überfielen am 10. Mai 1940 deutsche Truppen die neutralen Niederlande. Trotz ihrer militärischen Unterlegenheit setzte die niederländische Armee der Wehrmacht erbitterten Widerstand entgegen, mußte jedoch am 15. Mai kapitulieren - nach der Bombardierung der Rotterdamer Innenstadt und ultimativer Drohung der Deutschen, der Stadt Utrecht das gleiche Schicksal zu bereiten. Der Fünf-Tage-Krieg kostete fast fünfeinhalbtausend niederländischen Zivilisten und Soldaten das Leben. Bereits am 13. Mai hatten Königin Wilhelmina und die Minister das Land verlassen, um von London aus den Kampf fortzusetzen. Die "Generalsekretäre" als höchste Beamte der Ministerien blieben zurück - versehen mit "Anweisungen" über Art und Umfang ihrer Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern.

Die Reaktion der Bevölkerung war teils resignativ, teils panisch: noch am 14. Mai nahmen sich 150 jüdische Bürgerinnen und Bürger aus Furcht vor dem Wüten der Gestapo und SS das Leben.

Indes blieb das erwartete Terrorregiment zunächst aus. Eine deutsche Militärverwaltung (planerisch vorbereitet



nach : Hirschfeld, G.: Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945 (Studien zur Zeitgeschichte 12) Stuttgart 1984 S.19.

seit September 1939) wurde eingesetzt und arbeitete mit der holländischen Administration zusammen - Absetzungen, Verhaftungen und Verfolgungen unterblieben.

Ein Führerbefehl vom 17. Mai, durch den die Militärverwaltung abgelöst und ihre Exekutivgewalt auf eine zivile Verwaltung unter einem Reichskommissar übertragen wurde, wies jedoch bald die Richtung auf eine Besatzungsverwaltung, die nicht militärische, sondern nationalsozialistische politische Ziele verfolgen würde.

Bisher war der Krieg gegen die Niederlande ein vorwiegend strategisch motivierter Feldzug gewesen, der der Vorbereitung der Invasion Englands diente (Gewinnung der Kanalküste, Schutz des Ruhrgebietes vor Luftangriffen), jetzt verfielen die Niederländer der "Neuordnung" der europäischen Staatenwelt im nationalsozialistischen Sinne. Reichskommissar wurde Dr. Seyß-Inquart, der sich bereits bei der Annexion seines österreichischen Heimatlandes durch das Deutsche Reich als willfähiges Werkzeug Hitlers erwiesen hatte. 1939 hatte er als Stellvertreter des Generalgouverneurs im besetzten Polen, Hans Frank, gelernt, wie mit besetzten Völkern zu verfahren war.

In der ersten Phase der Besatzung der Niederlande setzte er jedoch auf die "Selbstnazifizierung" der Bevölkerung. - Parteien und Organisationen wurden nicht aufgelöst, eine Regierung einheimischer Faschisten der NSB (Nationaal-Socialistisch Beweging unter Mussert) nicht eingesetzt, wie von der Bevölkerung befürchtet. Das Angebot an die Niederländer, als "germanisches Brudervolk" Teil eines "Großgermanischen Reiches" zu werden, war jedoch reine Propaganda. Weder Hitler noch andere Parteiführer hatten konkrete Vorstellungen über die künftige Gestalt eines derartigen "Reiches". Treffend und zynisch äußerte sich auch Propagandaminister Goebbels zum Thema Europa vor geladenen Vertretern der deutschen Presse Anfang April 1940:

"Wenn heute einer fragt, wie denkt Ihr Euch das neue Europa, so müssen wir sagen, wir wissen es nicht.

Gewiß haben wir eine Vorstellung. Aber wenn wir sie in Worte kleiden, bringt uns das sofort Feinde und vermehrt die Widerstände. Haben wir erst die Macht, so wird man schon sehen,

was wir daraus machen können (...) Heute sagen wir "Lebensraum". Jeder kann sich vorstellen, was er will. Was wir wollen, werden wir schon zur rechten Zeit wissen." (9)

Die wirklichen Absichten der deutschen Führung beschränkten sich auf die wirtschaftliche Ausbeutung der besiegten Länder zum Nutzen des Deutschen Reiches (s.o) und die Ausübung diktatorischer Gewalt - für die Unterworfenen wenig verlockende Aussichten. Der "Raubkrieg" mußte daher mit Propaganda und einer Besatzungspolitik über-tüncht werden, die vordergründig auf Zusammenarbeit setzte. Die "sanfte" Politik (Belassen der Generalsekretäre und des gesamten Verwaltungsapparates, Unterstützung einer bürgerlichen Sammlungsbewegung) mußte aber zwangsläufig über kurz oder lang mit den wahren Zielen kollidieren: unter anderem Ausbeutung des niederländischen Arbeitskräfte-, Rohstoff- und Wirtschaftspotentials für die deutsche Kriegführung, Beseitigung der niederländischen demokratischen Willensbildungs- und Verwaltungsstrukturen, Verfolgung und Ermordung der niederländischen Juden. (10) Bis zur Befreiung 1945 war die deutsche Besatzungspolitik denn auch von zunehmender Brutalisierung und Eskalation bestimmt, als die Aussicht schwand, die Niederländer in ihrer breiten Mehrheit für den Nationalsozialismus zu gewinnen, statt dessen aber die Aktionen des organisierten Widerstandes wirksamer wurden.

Dem Schreckensregiment von Polizei und SS fielen 75 % der in den Niederlanden ansässigen Juden zum Opfer - 102.000 Menschen. Rund 8.000 Niederländer starben in deutschen Konzentrationslagern oder wurden hingerichtet. (11)

-----  
(9) zitiert nach K.Kwiet: Reichkommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung Stuttgart 1968, S.51

(10) Nicht alle Niederländer ließen sich von der Besatzungsmacht über deren wirkliche Ziele täuschen. Aus einem handschriftlich verbreiteten Flugblatt vom 18.5.40: "Wir wissen, was uns bevorsteht. (...) Unsere Vorräte, unsere Nahrungsmittel, Kleidung, Schuhwerk ... werden abgeholt werden. Unsere jungen Männer werden gezwungen werden, für den Eroberer irgendwo anders zu arbeiten..." Verfasser wurde im März 1941 hingerichtet. Text in: "Het woord als wapen. Keur uit het Nederlandes ondergrondse pers" hg. v. R.S. Zimmermann-Wolf, 's Gravenhage 1952, S.54. Übs.nach Kwiet, Reichskommissariat, a.a.O., S.54

(11) Angaben nach Hirschfeld, Kollaboration, a.a.O. A 140, A120 zu Kapitel 1

5. Der Einsatz niederländischer Fremdarbeiter im Deutschen Reich und die politischen Auswirkungen der Rekrutierungen

Das deutsche Kooperationsangebot des Jahres 1940 erweckte insbesondere in der niederländischen Verwaltungsspitze, dem Kollegium der Generalsekretäre der Ministerien, die die emigrierte Regierung vertraten, die trügerische Hoffnung, durch loyale Mitarbeit mit den deutschen Besatzungsbehörden den Interessen des niederländischen Volkes am besten zu dienen.

Sie wollten "das Chaos verhindern", Ruhe und Ordnung wahren und so der Bevölkerung Leiden ersparen, wie sie zu gleicher Zeit Tschechen und Polen zu erdulden hatten. Die Grenze zwischen "Mitarbeit" und "Kollaboration" mit dem deutschen Feind war jedoch fließend - teils wurde sie überschritten (auch im Bewußtsein der zeitgenössischen Niederländer).

Dies trifft auch für die ersten beiden Jahre des Einsatzes niederländischer Arbeitskräfte in Deutschland zu. Die hierzu notwendige Rekrutierung kam nur mit Hilfe und sogar auf Druck der einheimischen Arbeitsverwaltung zustande. So glaubten die dem Arbeits- und Sozialministerium vorstehenden Generalsekretäre (nacheinander Scholtens und Verweyen) die Frage der Arbeit von Niederländern in Deutschland so handhaben zu können wie in der Vorkriegszeit.

Damals hatte das Ministerium die Wanderung von Arbeitern ins Deutsche Reich mit allen Kräften gefördert, um durch den "Export" von Arbeitskräften die katastrophale Massenarbeitslosigkeit abzuwenden, die das Königreich der Niederlande lange bedrückt hatte:

1936 wurden 600.000 arbeitslose Niederländer registriert; das entsprach einer Quote von 35,2 %.(12)

Da also schon vor Kriegsausbruch Holländer für die deutsche Rüstung gearbeitet hatten (1938 arbeiteten rund 45.000 Niederländer in Deutschland), schien sich diese Lösung wieder anzubieten, als der Arbeitslosenstand infolge des Krieges erneut von 157.000 im April 1940 auf

-----

(12) Diese sowie die folgenden Zahlenangaben nach G. Hirschfeld: Der "freiwillige" Arbeitseinsatz...(1981) a.a.O.,S.504f.

253.000 im Dezember 1940 hochschnellte. Die Forderungen der Deutschen nach Gestellung von Arbeitskräften schien sich mit den eigenen Interessen zu treffen.

Die Arbeitsämter wurden also vermittelnd tätig:

Schon im August 1941 waren rund 120.000 niederländische Bauarbeiter mit dem Bau militärischer Anlagen für die Deutschen in den Niederlanden tätig; 30.000 allein beim Ausbau des geplanten Luftwaffenstützpunktes Venlo.

Dieser Einsatz geschah gegen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, aber mit Billigung der niederländischen Sozialverwaltung.

Gleiches galt für den Einsatz außerhalb der Landesgrenzen; niederländische Behörden ließen sich von den Deutschen einspannen:

"Bereits am 21. Juni 1940 forderte das Arbeits- und Sozialministerium in einer öffentlichen Verlautbarung alle arbeitslosen Niederländer auf, sich bei den Arbeitsämtern für den Arbeitseinsatz in Deutschland registrieren zu lassen. Gute Bezahlung und die gleichen Sozialleistungen, die deutschen Arbeitern zuständen, wurden ihnen ebenso garantiert wie regelmäßige Heimfahrten und eine unbürokratische, prompte Überweisung ihrer Lohnzahlungen an die Familien. Der von Generalsekretär Scholten unterzeichnete Aufruf wandte sich vor allem an arbeitslose, gelernte Bergleute sowie Bau-, Metall-, Werft- und Landarbeiter, doch auch an ungelernete Kräfte, für die man in Deutschland Verwendung habe." (13)

Nur vier Tage später rückte die holländische Arbeitsverwaltung von der Freiwilligkeit ab, da die Aktion nicht den gewünschten Erfolg zeitigte und wandte eigene harsche Druckmittel an: Niederländische Arbeitslose, die eine Vermittlung ins Deutsche Reich ablehnten, sollten u.a. den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verlieren. Ferner sollten auch Familienangehörige keine Sozialhilfe mehr beanspruchen können, wenn deren arbeitslose Väter oder Söhne sich dem Arbeitseinsatz in Deutschland entzögen.

Dies mußte zu einer Entfremdung der Niederländer von der eigenen Verwaltung führen; die deutsche Besatzungsmacht dagegen konnte zunächst auf eigene Zwangsmittel verzichten und die Fiktion der "Freiwilligkeit" weiter aufrechterhalten.

-----  
(13) Hirschfeld: Der "freiwillige" Arbeitseinsatz... (1981), S. 500

Die Generalsekretäre stellten sich auch nicht der organisatorischen Umstellung der Arbeitsverwaltung entgegen, durch die die 11 Arbeitsämter im September 1940 faktisch zu Rekrutierungsbüros für die Deutschen wurden.

Die Pläne zur Neuorganisation waren ausgearbeitet worden von einer Unterabteilung des Generalkommissariates für Finanzen und Wirtschaft, der "Geschäftsgruppe Soziale Verwaltung" (GSV), also einer Besatzungsinstitution. Bislang waren die Arbeitsämter (arbeidsbeurs) von den Gemeinden in Zusammenarbeit mit Beiräten aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verwaltet worden. Dementgegen schien es den Deutschen, daß "nur eine von oben nach unten straff organisierte Verwaltungseinheit, in der alle Aufgaben konzentriert zusammengefaßt waren (...), in der Lage sei, die geplante Rekrutierung niederländischer Arbeiter für den Arbeitseinsatz in Deutschland optimal zu bewerkstelligen".(14)

Der Generalsekretär Verwey setzte seine Unterschrift unter den Erlaß, durch den die zentralistische "Rijksarbeidsbeurs" geschaffen wurden, das Reichsarbeitsamt, dem 37 Bezirksämter als mittlere Behörden und 150 untere Dienststellen unterstellt wurden. Dies war nicht nur eine betriebswirtschaftlich begründete Umorganisation, vielmehr wurde faktisch das demokratische Prinzip kommunaler Selbstverwaltung durch das zentralistische Führerprinzip ersetzt. So wurde die 11 Arbeitsverwaltung zu einem noch effizienteren Instrument der Zwangsarbeiterrekrutierung.

Deutsche Kontrollbehörde der Rijksarbeidsbeurs war fortan die bereits genannte Geschäftsgruppe Soziale Verwaltung. Zusätzlich wurde jedem Arbeitsamt ein sogenannter Fachwerber zugeordnet -theoretisch als Verbindungsmann zur GSV, tatsächlich aber als Kontrolleur.

Aus der Sicht des Leiters der GSV hatte die neugeschaffene Arbeitsvermittlungsbehörde nur ein Ziel: "Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften nach Deutschland."(15)

-----  
(14) Hirschfeld, G.: Der "freiwillige" Arbeitseinsatz (1981), S.508  
(15) Hirschfeld, G.: ebd., S.509



Das "Prinzip der Freiwilligkeit" bei der Anwerbung von Arbeitskräften bestand auf Seiten der Deutschen theoretisch bis zum Frühjahr 1942, als Sauckel die Organisation des Fremdarbeitereinsatzes übernahm und Seyß-Inquart auch formell den Zwangsarbeitsdienst anordnete.(16) Tatsächlich erließ der Reichskommissar schon im Laufe des Jahres 1941 eine Reihe von Verordnungen, die der Generalsekretär für das Arbeits- und Sozialwesen, Verweyen, gegenzeichnete, die sich inhaltlich zur Arbeitspflicht summierten.

Das wichtigste derartige Gesetz war die schon Februar 1941 erlassene "Verordnung Nr.42":

Jeder Niederländer konnte durch sein zuständiges Arbeitsamt "für eine begrenzte Zeit an einem ihm zugewiesenen (Arbeits-)Platz"dienstverpflichtet werden. Weigerung zog die Einweisung in ein Strafarbeitslager nach sich.

Die Beteiligung der niederländischen Administration an der Disziplinierung und Ausbeutung des Arbeitsmarktes setzte sie seitens der Bevölkerung, die in die "Zange" zwischen Besatzungsmacht und eigener Verwaltung geriet, zunehmend dem Vorwurf der Kollaboration aus.

Die von den Deutschen angestrebte "Selbstnazifizierung" scheiterte auch nicht an der Verweigerung der Mitarbeit durch die staatlichen Behörden, sondern am wachsenden Widerstand der Bevölkerung.

Parteien, Gewerkschaften und Verbände der Niederlande waren nicht bereit, nationalsozialistische Vorstellungen zu übernehmen.

Nach ersten Zusammenstößen zwischen Polizei und Bevölkerung aus Anlaß des Geburtstages des Prinzen Bernhard (29.6.1940), der zu pro-iranischen Kundgebungen genutzt wurde, kam es zur endgültigen Eskalation, die auch den Kurs des Reichskommissars als gescheitert erwies, im Frühjahr 1941. Auslöser war die Jagd der Gestapo auf die jüdischen Mitbürger, die seit Herbst 1940 forciert wurde. Als am 22. und 23. Februar 1941 425 jüdische Amsterdamer

-----  
(16)Vgl.J.L:Wallach: Probleme der Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft, in: Jb des Institutes für deutsche Geschichte Bd6 (hg.v.W.Grab) Tel Aviv 1977, S.477

Bürgerinnen und Bürger im Alter von 18 bis 35 Jahren nach Mauthausen deportiert wurden (wo man sie sämtlich ermordete), traten am 25. Februar Tausende Amsterdamer Arbeiter in den Streik. Dieser "Februar-Streik", der von der deutschen Polizei blutig niedergeschlagen wurde, markierte die Wende zur Gewaltherrschaft.

Noch 1941 zeigte sich zudem, daß der Krieg gegen England nicht zu gewinnen war; der Versuch der nationalsozialistischen Neuordnung von Staat und Gesellschaft auf der Grundlage der Kooperation der Bevölkerung wurde aufgegeben. Fortan setzte der Reichskommissar einzig auf die Kollaboration der niederländischen Faschisten. Die in der Bevölkerung verhaßte NSB wurde als einzige Partei nicht verboten, NSB-Bürgermeister wurden eingesetzt, Kammern und Selbstverwaltungskörperschaften gleichgeschaltet. Die Mittel der Herrschaftssicherung wurden brutaler: "Immer häufiger und gezielter griffen Sicherheitsdienst und deutsche Polizei, Militärpolizei und Wehrmachtsgesichte zu Mitteln der Abschreckung und des offenen Terrors. Verhaftungen, Razzien, Geiseler-schießungen und Todesurteile waren bald an der Tagesordnung: parallel dazu formierte sich der niederländische Widerstand." (17)

Folgerichtig radikalisierte sich auch die Rekrutierung von Fremdarbeitern, als Sauckel im Frühjahr 1942 Beauftragter für den Arbeitseinsatz wurde. An die Stelle der Werbung trat endgültig die "Zwangsverpflichtung", die immer öfter an den Arbeitsämtern vorbei durchgeführt wurde. Sogenannte "Betriebsauskämmungen" ließen die Zahl der Deportierten auf jährlich über 100.000 Menschen steigen:

"Die größten Aktionen waren hierbei die sog. Holland-Aktionen I und II (Okt.1942) mit 68.000 zwangsverpflichteten Arbeitern, die Rüstungsaktion November 1942 (26.000 Zwangsverpflichtungen) sowie die Stahl-und Eisenaktion im März/April 1943 (51.000). Insgesamt wurden im ersten Jahr nach Sauckels Ernennung rund 163.000 Arbeiter (von 254.000 angeforderten) zum Arbeitseinsatz ins Reich dienstverpflichtet. Statistisch hochgerechnet arbeiteten damit Ende 1943 etwa 425.000 Niederländer in Deutschland oder in den von Deutschland besetzten Gebieten."(18)

(17) Hirschfeld, G.:Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945, Stuttgart 1984 (Studien z Ztgesch 12), S. 28.

(18) ebd. Anmerkung 179 zu Kapitel V.

Niederländische Arbeiter im Ausland (20. 6. 1940—31. 7. 1944).

	1940	1941	1942	1943	Jan./Juli 1944	Ins- gesamt <sup>3</sup>
Deutschland:						
verschiedt	99 600	99 900	162 800	148 900	20 000	531 000
zurückgekehrt <sup>1</sup>	6 900	42 400	50 700	30 100	13 200	143 300
im „Arbeitseinsatz“	92 700	57 500	112 100	118 800	6 800	388 000
übriges Ausland <sup>2</sup>	—	32 100	8 300	2 900	200	43 500
insgesamt	92 700	89 600	120 400	121 700	7 000	431 500

aus: Economische en Sociale Kroniek. S. 305.

<sup>1</sup> Dies sind die offiziellen Angaben der ‚Rijksarbeidsbureau‘ — die tatsächlichen Zahlen dürften um einiges höher liegen.

<sup>2</sup> Es handelt sich hierbei vor allem um Bauarbeiter, die in Frankreich und Belgien für niederländische Unternehmer im Auftrag der Organisation Todt tätig waren. Angaben über zurückgekehrte Arbeiter liegen nicht vor.

<sup>3</sup> Gesicherte Zahlen für die zweite Hälfte 1944 und 1945 sind nicht bekannt.

In Deutschland und in von Deutschland besetzten Territorien tätige Niederländer nach Berufsgruppen.

Wichtigste Berufsgruppen	Anzahl der Arbeitnehmer 1940 in den NL	Anzahl der niederländischen Fremdarbeiter am 1. 8. 1944 damit Anteil i. % der Arbeiter von 1940	
		Ins- gesamt	
Gewerbliche Wirtschaft:	1 171 300	315 000	26,9
Töpfereien	55 100	6 100	11,1
Bauwirtschaft	283 000	96 300	34,0
Holzindustrie	47 900	7 000	14,6
Bekleidungsindustrie	86 100	5 900	6,9
Leder	43 600	4 800	11,0
Bergbau	44 200	9 500	21,5
Metallverarbeitung	198 000	64 900	32,8
Textilgewerbe	97 500	24 600	25,2
Nahrungs- u. Genußmittel	191 600	17 800	9,3
Handel und Verkehr	638 000	35 500	5,6
Landwirtschaft	339 400	37 800	11,1

aus: Economische en Sociale Kroniek. S. 305.

Tabellen aus: G. Hirschfeld: Der "freiwillige" Arbeitseinsatz ... (1981), a.a.O., S.512

Die "Jagd nach billigen Arbeitssklaven für die deutsche Kriegsrüstung" (Kwiet) verschärfte den Widerstand der Niederländer und bestimmte das Tempo der Eskalation der Gewalt:

Als der Wehrmachtsbefehlshaber für die Niederlande, General Christiansen, am 29.4.1943 bekanntgab, die im Mai 1940 freigelassenen niederländischen Kriegsgefangenen (300.000 ehemalige Soldaten) seien wieder zu internieren und als Zwangsarbeiter nach Deutschland zu überführen, traten innerhalb von zwei Tagen fast eine Million Niederländer im ganzen Land in den Ausstand. Bereits am 7. Mai brach der "April-Mai-Streik" (April-Mai-Staking) zusammen, nachdem die Wehrmacht an die hundert streikende Arbeiter erschossen hatte.

Fortan bestimmte in den besetzten Niederlanden die SS unter Generalkommissar Rauter die Richtlinien der Politik.

### III Fremdarbeiter bei Hendrichs - Auswertung des Interviews

#### 1. Rekrutierung und Transport

Alle niederländischen Arbeiter der Gesenkschmiede Hendrichs stammten aus der brabantischen Stadt Breda und waren ursprünglich bei der dort ansässigen Schokoladenfabrik Quatter beschäftigt. Sie kamen in der zweiten Jahreshälfte 1942 zu Hendrichs nach Solingen.(19)

Aufgrund der Zusammenarbeit der niederländischen Arbeitsämter mit der deutschen Besatzungsmacht trat letztere bei ihrer Dienstverpflichtung nicht direkt in Erscheinung. Nach den Aussagen der Herren Franken und Bakker ergibt sich folgendes Bild vom Verfahren:

Die Besatzungsbehörden gaben den nl. Arbeitsämtern Sollzahlen von Arbeitern vor, die rekrutiert werden mußten. Die Beamten gaben diese Anforderungen an die Betriebsleitungen weiter, die nun ihrerseits die Entscheidung zu treffen hatten, wer nach Deutschland geschickt werden sollte und wer bleiben durfte.

Die Arbeiter, deren Namen man dem Arbeitsamt meldete, wurde weder gefragt noch überhaupt über ihr künftiges Schicksal informiert. Sie erfuhren von ihrer Dienstverpflichtung erst durch den Bescheid vom Arbeitsamt, der wahrscheinlich auch die näheren Angaben über Reiseternin und Zielort enthielt.

Vermutlich suchten die Betriebsleitungen zunächst die jüngeren Arbeitskräfte aus, auf die sie im eigenen Produktionsprozeß am besten verzichten konnten - Lehrlinge oder Mitarbeiter mit geringer Qualifikation. Vielleicht suchten sie auch soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen; den Familienvater zu schonen und den Unverheirateten nach Deutschland zu schicken. Das sind jedoch Spekulationen, da die Herren B. und F. die Gründe nie erfahren haben, warum gerade sie ausgesucht wurden.

So empfanden sie die Dienstverpflichtung als Strafe:

"Ich bekam Auseinandersetzungen mit einem Vorgesetzten. Ich wurde zum Herrn Direktor gerufen. Da wurde die Sache eigentlich in Ordnung gebracht. Doch zwei Monate später kam die Nachricht, daß ich weg mußte nach Deutschland. Ich war der Jüngste."  
(Franken, damals 18 Jahre alt)

-----  
(19) Die Dienstverpflichtung der beiden Herren fällt schon in die Zeit des Sauckelschen Wirkens. Ob sie zu den ersten Betroffenen der Betriebsauskämmungsaktionen (Holland -Aktionen I und II, Okt.42) gehörten, ließ sich nicht sagen, da sie den genauen Termin nicht

Folgerichtig richtete sich der Zorn der zukünftigen Fremdarbeiter (und richtet sich bis heute) weniger gegen die deutsche Besatzungsmacht als gegen die niederländische Firmenleitung, der sie ihr Schicksal scheinbar zu verdanken hatten:

"Es war beabsichtigt, daß wir danach (nach dem Krieg) wieder zu unserer Fabrik zurückkehrten. Wir bekamen auch noch ein paar Wochen Lohn. Doch ich habe gesagt, da geh ich nie mehr hin. Die haben mich weggeschickt, obwohl ich so jung war."(Franken)

Dieser Weg der Dienstverpflichtung hatte für die Deutschen also einen politischen und taktischen Vorteil - er verhinderte die Solidarisierung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und einheimischen Behörden gegen die Besatzer; oder positiv ausgedrückt: er trieb einen Keil in die niederländische Bevölkerung.

Nach der Zustellung des Bescheides hatten die Herren B. und F. zwei Wochen Zeit, sich auf die Reise vorzubereiten. Die Ausstattung der "Reisenden" hatten die abgebenden Firmen zu stellen - einen Koffer, einen Arbeitsanzug, ein Paar Holzschuhe, Reiseproviant:

"Wir sind mit dem Zug abgefahren auf Transport nach Deutschland. Solingen-Ohligs, das war mein Ziel. Der ganze Zug war voll. Wir sind noch mit einem Personenzug gefahren. Doch viele wurden auch mit Viehwaggons nach Deutschland gebracht."(Franken)

## 2. Ankunft in Solingen

Das Ziel der Reise war den "Fremdarbeitern" schon in Holland bekannt. Alle Arbeiter der Firma Quatter sollten zu "Oswald Forst", einem großen Solinger metallverarbeitenden Betrieb, der für die Rüstung produzierte.

So war es bereits auf dem "Einberufungsbefehl" vermerkt:

"Wir sollten zu Forst, zur Firma Forst auf der Schützenstraße. Dort waren wir aber zu spät und die Firma hatte schon Russen genommen. Genau weiß ich es nicht.

Ja, und dann standen wir da und das war wie auf em Sklavenmarkt. Die Chefs verschiedener Firmen waren da und zeigten an: Du Firma Hendrichs, du Firma Blasberg. ..." (Bakker)

"Hendrichs brauchte nur sechs oder sieben Mann. Wir standen alle in der Reihe; er suchte die Leute durch Fingerzeichen aus." (Franken)

-----  
mehr wußten. Vielleicht läßt sich dieser Punkt aus den Personalunterlagen klären.

Der "Sklavenmarkt", der vermutlich von Beamten des Arbeitsamtes auf dem Betriebsgelände der Firma Forst veranstaltet wurde, zeigt, wie unkoordiniert die "Beschaffung" von Arbeitskräften vonstatten ging. Die "Norm" war offensichtlich übererfüllt, die Betriebe hatten die Wahl, wen sie haben wollten. Gleichzeitig konkretisiert die Situation des Sklavenmarktes das Wort vom "Rohstoff Mensch". Auch die Niederländer -dem Status nach freie Arbeiter, nicht Gefangene- waren Bestandteil dieses Rohstoffes geworden, entrechtet und weitgehend der Willkür der deutschen Behörden und dem guten Willen der zukünftigen Arbeitgeber ausgeliefert.

### 3. Unterbringung und Versorgung

Vor der Erörterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der beiden ehemaligen niederländischen Arbeiter der Firma Hendrichs soll noch einmal erläutert werden, daß die Behandlung der Ausländer in Deutschland entscheidend davon abhing, welcher Stellenwert ihnen in den rasseideologischen Vorstellungen der Nationalsozialisten zukam. Robert Ley, der Führer der "Deutschen Arbeitsfront" definierte dieses Weltbild in einem Artikel anlässlich des siebten Jahrestages der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler folgendermaßen:

"Wenn wir Nationalsozialisten davon überzeugt sind, daß sich die Menschheit in hohe und niedrige Rassen gliedert, so sind wir auch davon überzeugt, daß die Voraussetzungen zum Leben für jede Rasse unterschiedlich sind. Eine niedrige Rasse braucht weniger Raum, weniger Kleidung und weniger Kultur als eine höhere Rasse. Der deutsche Mensch kann nicht unter den gleichen Voraussetzungen leben wie der Pole oder der Jude." (20) Dieser Theorie entsprechend waren die Lebensumstände der zivilen Holländer, Franzosen und anderen Westeuropäer mit weniger diskriminierenden Begleitumständen verbunden als das Leben der Menschen aus Osteuropa.

Im Gegensatz zu den "Ostarbeitern" waren sie nicht kennzeichnungspflichtig, bezogen gleichen Lohn für gleiche Arbeit wie die Deutschen und erhielten auch Schwerarbeiterzulagen in Form zusätzlicher Lebensmittelzuteilungen. In der Fiktion waren sie freiwillige ausländische Zivil-

(20) zit.nach August,J.: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes,a.a.O. (1984)S. 352

arbeiter, die aufgrund eines Arbeitsvertrages zu deutschen Konditionen arbeiteten. So vermerkte der Chronist der "Solinger Kriegschronik" unter dem Datum des 30.09.1942 zum Problem der zunehmenden Flucht von Niederländern:

"Vertragsbrüche ereignen sich nach wie vor am laufenden Band; den Menschen der westlichen Demokratien, besonders den Niederländern, aber auch den Belgiern und Franzosen, liegt eben die Vertragstreue nicht."

Tatsächlich ähnelte der Status der Westarbeiter dem von Gefangenen: ihre Freizügigkeit war stark eingeschränkt, d.h. sie durften sich nicht allzuweit von ihren Aufenthaltsorten entfernen, die Polizei beobachtete sie, Lagerhaft drohte ihnen im Falle der Arbeitsverweigerung oder Flucht (sog. "Kontraktbruch").

Das offizielle Bild des Westarbeitereinsatzes zu Beginn des Krieges beschrieben Artikel wie der hier wiedergegebene vom 20.Mai 1941, der der Rheinischen Landeszeitung entnommen wurde:

Die Massenunterkünfte, euphemistisch "Gemeinschaftslager" genannt, werden als Begegnungsstätten der Nationen und Umerziehungslager beschrieben, in denen sich die ausländischen Arbeiter zum Nationalsozialismus bekehren - beeindruckt vom Vorbild der Deutschen und der guten Betreuung durch die Deutsche Arbeitsfront:

"Sie fühlen, daß das neue Deutschland sie als Menschen wertet und nicht als Maschinen, wie es ihnen bisher in ihrer Heimat zumeist ergangen ist."

Besonders zynisch erscheint diese Passage angesichts der Realität des Westarbeitereinsatzes. Er wird angemessener umschrieben durch die Parole, die Fritz Sauckel im Frühjahr 1942 vorgab:

"Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen."(21)

Auch das Leben der Westarbeiter war also bestimmt vom ökonomischen Minimalprinzip, nur ihre Arbeitskraft zählte. Nur um ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten, wurden sie ernährt und ärztlich versorgt. Jedes über die reine Grundversorgung hinausgehende menschliche Bedürfnis interessierte nicht.

Die Tatsache, daß die Organisation des Fremdarbeitereinsatzes nicht Ergebnis der Planung war, sondern erst in

(21)zit.nach H.Spaich:Fremde in Deutschland,Weinheim 1981,S.178

# Ausländer im Gemeinschaftslager

## Die Betreuungserfolge im Gau Düsseldorf / Wandel der Gefinnung

Düsseldorf, 24. 5. Der Aufstieg der deutschen Wirtschaft und die durch den Krieg eingetretenen besonderen Verhältnisse haben es erforderlich gemacht, daß Ausländer in großem Umfang in Deutschland zur Arbeit eingesetzt werden. Auch in diesen Fällen schaltete sich die DAF-Gauverwaltung Düsseldorf mit ihrer Betreuungsarbeit ein. Es entstanden im Gau in kurzer Zeit neue Gemeinschaftslager, die die Massen von ausländischen Arbeitskräften aufnehmen konnten. Gestützt auf die großen Erfahrungen des „Arbeitseinfaches Weib“ boten diese Lager der DAF keine besonderen Schwierigkeiten, hatte sie doch genügend sachlich vorgebildete, die allen an sie herantretenden Forderungen gerecht werden konnten.

Die Betreuungsarbeit der Ausländer bringt im Anfang sehr viele Schwierigkeiten

mit sich. Der Gemeinschaftsinn ist ihnen, mit Ausnahme der italienischen Arbeitskameraden, meist ein unbekannter Begriff, da sie noch bis zuletzt unter dem Einfluß der lügnersischen Hehe standen, die gegen den Nationalsozialismus entsandt worden war.

Die DAF ist daher gezwungen, nicht nur Betreuer, sondern auch Erzieher zu sein. Das Gemeinschaftsleben in einem Lager bedingt vor allem Ordnung, Sauberkeit, willige Einfügung in die gegebenen Verhältnisse und nicht zuletzt volles Vertrauen zur Lagerführung selbst. Diese Menschen davon zu überzeugen, daß alles das, was im Rahmen des Gemeinschaftslebens im Anfang manchmal als Zwang empfunden wird, nur zu ihrem Besten dient, ist vielfach schwer und erfordert große Geduld. Aber bald sieht auch der Unbelehrbare ein, daß Ordnung und Disziplin nun einmal zu einem Gemeinschaftsleben gehören und fügt sich dann willig der Ordnung des Gemeinschaftslebens. Erfreulicherweise konnte fast überall festgestellt werden, daß der größte Teil der Männer

Verständnis für die notwendigen Maßnahmen aufbrachte, da sie sich zum Nutzen des Ganzen auswirkten.

Es ist darum auch eine besonders schwere aber auch schöne Aufgabe, die die Lagerführer als Vertreter der DAF zu leisten haben. Diese Aufgabe setzt hohe Berufsfreude und ein großes Verantwortungsbewußtsein voraus, wenn sie richtig gelöst werden soll. Man denke sich ein Lager von einem Dutzend Nationen belegt. Ein Sprachengewirr summt durch das Lager. Der eine hat diesen, der andere jenen Wunsch. Der eine will dieses, der andere jenes wissen. Nur wenige verstehen deutsch. Da gilt es, mit Hilfe eines schnell gefundenen Dolmetschers sich durch den Wust von Fragen und Wünschen hindurchzufinden, um jedem gerecht zu werden.

Hier gilt es, zu ordnen, dort zu schlichten und zu beraten. Die anständigen Kerle haben sich schnell aus den anderen herauskristallisiert. Hier macht sich das Einsehen von Kameradschaftsführern und Stufenältesten vorteilhaft bemerkbar. Die Männer werden zur Selbstverantwortung erregt.

Sie lernen durch den Einsatz der eigenen Kameraden begreifen, daß alle Maßnahmen nur zu ihrem Besten sind und die Voraussetzung eines erträglichen Gemeinschaftslebens abgeben. Allmählich läßt die Menschen sich geborgen. Das gute Essen und die kulturelle Betreuung läßt sie neben der steten Aufklärungsarbeit bald den Sinn des Gemeinschaftslebens erkennen. Sie fühlen, daß das neue Deutschland sie als Menschen wertet und nicht als Maschinen, wie es ihnen bisher in ihrer Heimat zumeist ergangen ist.

Ihre Briefe an die Angehörigen reden eine deutliche Sprache. Auch die Angehörigen gilt die Fürsorge der DAF-Gauverwaltung Düsseldorf. Die DAF schaltet sich überall da ein, wo es gilt, wirtschaftliche Räte der Angehörigen zu erteilen. Alles in allem hat die zeitlich kurze Betreuungsarbeit der DAF genügt, um aus verhehrt und mißtraulichen Menschen Arbeiter zu machen, die sich als Menschen fühlen und dankbar die getroffenen Maßnahmen in zureichendem Interesse begrüßen.

## Zuchtviehversteigerung in Arefeld

### Wieder starke Beschädigung

Arefeld, 24. 5. Im Hinblick auf die bevorstehenden Frühjahrshauptfütterungen wird auch die nächste Zuchtviehversteigerung am 5. Juni wieder sehr stark besucht. Es gelangen zum Auktionsort 110 rotbunte Bullen, 170 schwarzbunte Bullen, 60 tragende Kühe und Kinder, 80 junge Zuchtkühe und 40 tragende Jungfrauen.

Die Preise gestalteten sich auf der letzten Versteigerung für den Käufer sehr günstig, und aus diesem Grunde wird das starke Angebot, insbesondere auch die starke Beschädigung mit weiblichen Tieren den Bauern und Züchtern beste Auswahl- und Ankaufsmöglichkeit bieten.

Die Körnung und Prämierung der Tiere findet am Vortage der Versteigerung um 14 Uhr statt. Die Versteigerung beginnt am 5. Juni, morgens 9.30 Uhr.

Am Donnerstag, dem 5. Juni, findet um 16 Uhr in der Stadthalle in Arefeld die Jahresmitgliederversammlung statt, die eine reichhaltige Tagesordnung bietet.

Der Rheinische Verband für Tieflandrindebrucht

aus: Rheinische Landeszeitung vom 20.5. 1941.

### Propaganda und Realität:

"Sie haben bei Schön (in der Massenunterkunft) gewohnt, Herr Bakker; die ganze Zeit? War das Lager erträglich?"

"Zum Anfang nicht. Es war eben ein ganz großer Saal. Im Winter war es sehr kalt und wir haben bei Hendrichs nachgefragt, ob wir nicht Decken bekommen könnten. Er antwortete eben, unsere Soldaten an der Front haben auch keine Decken mehr. Wir haben dann die Betten etwas nach vorne gebracht, in, wie man es nennen kann, einen Aufenthaltsraum (und die Betten) übereinander gestellt. Dann haben wir die Heizung hochgestochert und dann ging es so einigermaßen. Es war dann auf jeden Fall erträglich. Ja, dann haben wir erst bei Schön (eine Gaststätte) gewohnt und als dann die Bombardements kamen, dann haben wir unsere Zelte aufgeschlagen bei der Firma oben." (Bakker)



dem Moment improvisiert wurde, als das Problem mangelnder Arbeitskräfte akut wurde, verschärfte auch die Situation der Arbeiter und Arbeiterinnen aus Westeuropa. Es mangelte an geeigneten Transportmöglichkeiten für die Massen der deportierten Menschen, weshalb man rasch auf die Viehwaggons zurückgriff, es mangelte auch an geeigneten Unterkünften.

Die Betriebe selbst hatten für die Lager zu sorgen und richteten sie entsprechend ihren Möglichkeiten und entsprechend der zitierten Sauckelschen Maxime ein - spartanisch. Als Folge stieg im Verein mit der schlechten Ernährung insbesondere der Osteuropäer die Krankheitsanfälligkeit und die Tuberkulosegefahr. Um die Seuchengefahr abzuwenden, führte das Solinger Gesundheitsamt Inspektionen in den Lagern durch und erteilte den Betriebsleitungen Auflagen.

"Eine sehr verbreitete Krankheit ist bei den Ostarbeitern Tbc. Von 41 erkrankten Ostarbeitern, die zur amtsärztlichen Untersuchung vorgeschlagen worden sind, waren 21 an Tbc erkrankt." (Solinger Kriegschronik, 31.05.43)

Den niederländischen Arbeitern der Firma Hendrichs erging es nur wenig besser. Zunächst waren sie im Gastraum des benachbarten "Café Schön" an der Merscheider Straße untergebracht. (S.Seite 28 A)

Der Raum war für diesen Zweck nicht ausreichend beheizbar, zusätzliche Decken wurden ihnen verwehrt. Vermutlich verfügte Hendrichs nicht einmal über Decken.

Als schließlich rund fünfzig Niederländer, Belgier und Franzosen im Saal des Café Schön lebten, stellte sich aufgrund der mangelnden sanitären und hygienischen Versorgung Ungeziefer ein, was die Krankheitsgefahr steigerte:

"Entlausung hatten wir auch zweimal in Solingen. Da wurden wir extra für (von Merscheid) nach Solingen gebracht. Wir hatten eben überall Läuse. Für mich waren das aber keine Läuse, sondern nur Flöhe - und das reichlich." (Bakker)

Bevor die Situation im Café Schön unerträglich wurde und aufgrund der zunehmenden Luftangriffe, zogen die Arbeiter in die Räume der ehemaligen Dampfschleiferei im alten Gebäudetrakt der Firma Hendrichs (im ersten Stock) Auf Grund der Betriebswärme der Schmiede war es hier erträglicher. - Café Schön wurde daraufhin mit "Ostarbeiterinnen" belegt:

"Als wir weg waren und bei Hendrichs untergebracht wurden, kamen die Ukrainerinnen rein. Das Lager war schmutzig damals."(Bakker)  
Am Fehlen sanitärer Einrichtungen zeigt sich noch einmal, daß selbst für elementare Bedürfnisse der Menschen keine Vorsorge getroffen war und erst ins Blickfeld der Behörden rückten, wenn sie zu einer Gefahr für die Gesundheit der deutschen Bevölkerung und die Einsatzfähigkeit der ausländischen Arbeiter geworden waren.  
Ein Industriebetrieb wie Hendrichs war nicht darauf eingerichtet, Menschen dauerhaft zu beherbergen:

"Wir konnten ja auch nie ins Bad. Wir haben das so am Waschbecken gemacht. Auch unsere Kleider da gewaschen. Wenn wir uns mal saubermachen wollten, dann mußten wir eben schwimmen gehen. Wir sind dann an den Rhein gefahren und haben da gebadet. Ja, unsere Sachen, die haben wir eigentlich nur saubergehalten (dadurch, daß wir sie im) Waschbecken gewaschen haben. Bügeln konnte man mit einem Bügeleisen, das aufs Gas gestellt wurde und dann heiß wurde. Es war alles ein Behelfen. Später im Krieg konnten wir nicht mehr an den Rhein baden gehen. Da kamen die Tiefflieger und das wurde dann sehr sehr gefährlich."(Franken)

#### 4. Arbeitsbedingungen und Verhältnis zu den deutschen Kollegen

Die Arbeitsbedingungen bei der Firma Hendrichs waren für die Niederländer die gleichen wie für die Deutschen. Da sie auch die qualifizierten Arbeitskräfte ersetzen mußten, die zur Wehrmacht eingezogen wurden, taten sie in der Regel auch keine schlechtere Arbeit.

"An dem schweren Hammer arbeitete man zu zweit. Einer stand an der einen Seite und hat das Eisen reingehalten. Der andere bediente den Hammer, denn den schweren Hammer drückt man mit zwei Händen. Man läßt (das Gewicht) runter mit der einen Hand und aufgefangen wird sie wieder mit beiden Händen, denn der Riemen darf nicht vibrieren. Sonst geht er Kaputt. Das war eine schöne Arbeit, aber sehr schwer.

Waren Sie denn schwere körperliche Arbeit gewohnt oder war es ein sehr großer Unterschied für Sie?

Ja, es war ein sehr großer Unterschied. Hier (in Breda) bei Quatter habe ich Schokolade eingepackt und da (bei Hendrichs) mußte ich mir am ersten Tag alles ansehen und am zweiten Tag gleich hart arbeiten."(Franken)

Am Riemenfallhammer mußte ein bestimmter Arbeitsrythmus erlernt und eingehalten werden:

"Der erste(Schlag) sollte das Eisen platt schlagen. Das(...) war ein langer Schlag. Dann ein halber, dann wieder ein langer Schlag. Dann wurde das (Werkstück) herausgenommen und auf einen Haufen geworfen. Das waren Granatköpfe.

Wir haben auch Scheren gemacht. Es gab eine rotierende Stahlbürste, da lief das Eisen durch, wenn es noch heiß war, Dann

wurde es sauber gemacht. Dann mit der linken Hand -mit der Zange- reingehalten, drei kurze Schläge und die Schere war fertig.

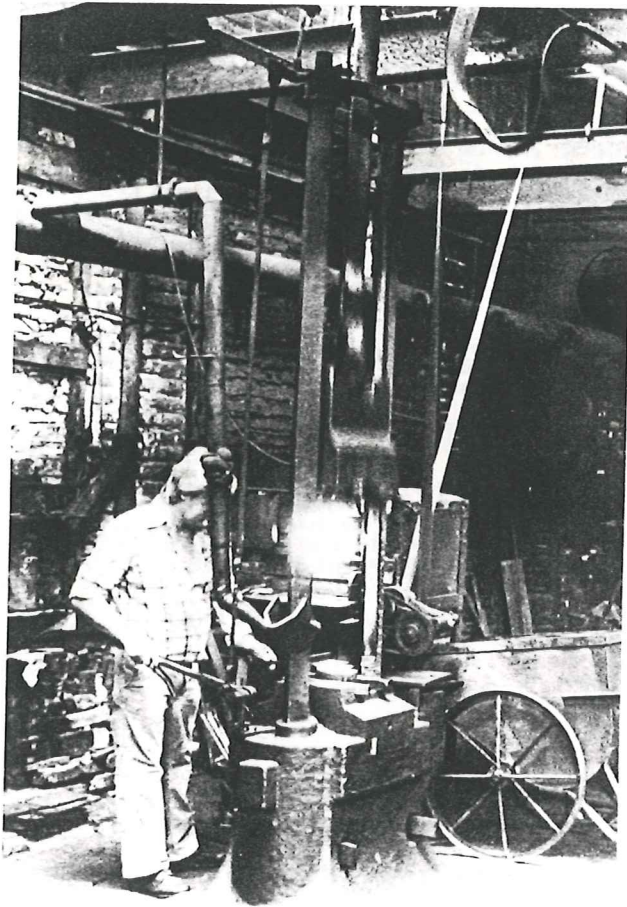
Und das war alles auf Stückbasis. Je mehr produziert wurde, desto mehr bekamen wir."(Franken)

"Wir konnten den ganzen Tag hintereinander arbeiten. Ich glaube, ich machte alleine schon vierhundert bis fünfhundert Scheren pro Tag. Granatköpfe, schätze ich auch, vierhundert pro Tag, so ungefähr." (Franken)

Zivile und militärische Produktion (Scherenrohlinge und Granatköpfe und andere Artikel) lief an den Riemenfallhämmern nebeneinander her.

Die Rüstungsprodukte wurden noch an Ort und Stelle von einem Vertreter der Wehrmachtsrüstungsämter geprüft, abgenommen und gekennzeichnet:

"Und dann kam einer vom Kriegsministerium, das muß ein Soldat gewesen sein. Der hat ein Markzeichen (Reichsadler und Hakenkreuz mit der Hand) da reingeschlagen. Das war alles Rohmaterial und wurde so abgefertigt. Ich schätze wohl, daß wir mehr als vier-fünfhundert Stück pro Tag geschlagen haben." (Bakker)



Riemenfallhammer der  
Gesens Schmiede  
Hendrichs

Soweit es unter den herrschenden Umständen möglich war, waren die nl Arbeiter in den Betrieb integriert und von wenigen Ausnahmen abgesehen, akzeptiert:

"Einer von den (holländischen) Kollegen hat sogar Fußball gespielt. Alle standen auf dem Platz und brachten den Hitler-Gruß. Er wollte nicht. Machte auch nichts. Sie (die deutschen

Kollegen) meinten, er wäre Holländer und bräuchte so was nicht zu machen. Wir grüßten nicht."(Franken)

Der freundschaftliche Umgang mit Ostarbeitern und Kriegsgefangenen war generell verboten und wurde auf Anzeige strafrechtlich verfolgt. (s. Seite 32 A)

Da es im Arbeitsalltag immer wieder zu menschlichen Kontakten kam, schärften Zeitungsberichte über Verhaftungen und Verurteilungen aus diesem Grunde der Bevölkerung die Verbote ein.

# Solinger Beobachter

## Wir wollen unser Hausrecht wahren

Vom Umgang mit Fremdvölkischen / Zurückhaltung nationales Gebot

In der Straßenbahn, die wie üblich dicht besetzt ist, sitzen mehrere ausländische Arbeiter. Im Gang stehen ältere Leute und auch eine deutsche Frau mit einem kleinen Kinde. Eine Altreisende empfindet, daß hier etwas nicht in Ordnung ist, und fordert die Arbeiter auf, ihre Sitzplätze für die älteren Leute und die Mutter mit dem Kind frei zu machen. Daraufhin erhebt sich ein Volksgemurmel, andere Fahrgäste wenden sich heftig gegen die Frau, die Ordnung schaffen will, und sagen mit Bezug auf die Arbeiter, die hätten auch ein Tagewort hinter sich und dürften gut und gern einen Sitzplatz beanspruchen. Aber die Gesichter der Fremden breiten sich ein Lächeln, sie bleiben sitzen.

Es ist ein Nationalabgel, grundsätzlich für den Schwächeren Partei zu ergreifen, einerlei, wie dieser sich zum deutschen Volk stellt. Das ist eine menschlich zwar schöne, im Kriege aber gefährliche Haltung; gegen die angegangen werden muß. In der Überheißerung, wie sie in dem oben angeführten Fall zum Ausdruck kommt und täglich durch ähnliche Beobachtungen bestätigt wird, ist sie aber nicht einmal mehr schön, sondern sie bringt einen peinlichen Mangel an Selbstbewußtsein und Tatgefühl ans Licht. Unsere ausländischen Arbeiter können mit der deutschen Gastfreundschaft zufrieden sein. Es ist verständlich, daß viele den Wunsch haben, auch nach dem Kriege bei uns zu bleiben. Die Ostarbeiter z. B. sind nicht auf das Mittelb der Umwelt angewiesen. Sie werden gut ernährt und gut gehalten schon deshalb, weil es eine zwingende Logik ist, daß nur von dem eine dauerhafte Leistung erwartet werden kann, der in ordentlicher Verfassung ist. Das wäre die eine Seite, über die diesmal nichts mehr gesagt zu werden braucht.

Die andere Seite ist die, wie wir uns im Umgang mit den fremdvölkischen Gästen zu verhalten haben. Der Einfluß an fremdvölkischen Arbeitskräften hat inzwischen einen großen Umfang angenommen, so daß wir täglich nicht nur in den Betrieben, sondern auch im öffentlichen Leben mit ihnen in Berührung kommen. Um so unerläßlicher ist es, eine klare Grenze zu ziehen. Viele gehen in ihrem Entgegenkommen den Fremden gegenüber so weit, daß der natürliche Abstand, der gewahrt bleiben muß, aufgehoben scheint und schließlich zuweilen nicht mehr recht zu erkennen ist, wer eigentlich Herr im Hause ist. Wir haben aber allen Grund, unser Hausrecht jederzeit fest in der Hand zu behalten. Es können insbesondere in unseren luftgefährdeten Gebieten Lagen eintreten, die einen verwöhnten und unverschämten Gaß verführen möchten, die Füße auf den Tisch unseres Hauses zu legen.

Ebenso bedenklich ist die Vertrauensseligkeit, die man häufig beobachten kann. Wer uns in seiner Arbeitsleistung und Einordnung ins Lagerleben nicht enttäuscht, soll sich in dieser Sache unseres Vertrauens erfreuen. Darüber hinaus aber kann es ein auf Vertraulichkeit sich gründendes Verhältnis zu fremdvölkischen Arbeitern auf feindlichen oder ehemals feindlichen Ländern nicht geben! Wir befinden uns in einem Kampf auf Leben und Tod. Der Feind wendet alle Mittel an, um uns Schaden zuzufügen. Dazu zählt auch das der Erkundung, der Spionage. Selbstverständlich ist er bemüht, sich

(...)

Rheinische Landeszeitung  
vom 22.12.43  
(gekürzt)

Die Haltung gegenüber zivilen Holländern und Franzosen war zwar weit weniger streng; sie galten jedoch auch (zumindest unterschwellig) als feindliche Ausländer, als potentielle Agenten und Saboteure. Das galt umsomehr, je weiter die alliierten Armeen vorrückten. Daher standen sie unter polizeilicher Kontrolle, gelegentlich nahm die Polizei auch Untersuchungen ihrer Quartiere vor.

Abschrift:

Solingen, den 20. Dez. 1940

An die  
Staatspolizei  
Solingen

Wir erstatten hiermit Meldung - eine Vermutung unsererseits, dass die Arbeiterin B. sich mit einem bei uns beschäftigten Kriegsgefangenen einlässt.

Wir bitten die Sache zu untersuchen und weiter zu verfolgen.

Heil Hitler

PAPIER-INDUSTRIE SOLINGEN  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
Unterschrift

( Aus: HStA Düsseldorf, RW 58 - 30524 )

### Umgang mit Kriegsgefangenen verboten!

#### Ein Warnung an alle

Ein Sondergericht verhandelte kürzlich gegen vier Volksgenossen, die wegen verbotenen Umgangs mit Sowjetkriegsgefangenen angeklagt waren. Der Ausgang des Verfahrens, das den Angeklagten Gefängnisstrafen eingetragen hat, mag für manchen Volksgenossen eine Warnung sein!

In irgendeinem Betrieb sind neben deutschen Arbeitern auch sowjetische Kriegsgefangene als Presser angelehrt und - von den deutschen Arbeitern in Schichten getrennt - beschäftigt. Die Sowjets haben nun die deutschen Arbeiter bei Schichtwechsel öfter angebettelt, und die Angeklagten fanden sich bereit, von ihren Lebensmitteln und auch Genußmitteln Teile des Frühstücks, Zigaretten, Rüben, Salz und auch Tabak zu Zigaretten abzugeben. Dafür zeigten sich die Sowjets dadurch erkenntlich, daß sie den Angeklagten, die im Afford arbeiteten, von ihnen erarbeitete Stanzartikel abgaben. So wurden die Angeklagten für eine höhere Affordarbeitsmenge entlohnt. Dadurch haben sie sich, wenn auch keinen großen, so doch immerhin einen Vorteil zum Nachteil ihrer Firma zu verschaffen gewußt.

Bei der Urteilsverkündung wies der Vorsitzende des Sondergerichts darauf hin, daß die deutschen Volksgenossen besonders gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen sich der größten Zurückhaltung an sich zu befeißigen haben, weil die Sowjets unsere

**Zeit und Gas sparst Du Dir ein,  
wenn Du entfernst den Kesselstein**

rücksichtslosesten und bestialischesten Kriegsgegner seien. Der deutsche Arbeiter habe den Sowjets gegenüber nicht als Arbeitskamerad, sondern als Aufsichtsperson aufzutreten, und er müsse wissen, daß er ihnen keinerlei Vorteile zusteden darf. Darauf seien die Angeklagten vom Betriebsführer und auch in öffentlichen Aufklärungen des öfteren hingewiesen worden. Sie hätten aber diese Mahnungen nicht nur in den Wind geschlagen, sondern sich auch noch persönliche Vorteile im Verkehr mit den Kriegsgefangenen verschafft. Das wurde vom Sondergericht bei der Strafzumessung gegen die Angeklagten, die geständig waren und auch ihr Unrecht einsehen, berücksichtigt mit dem Hinweis, daß verbotener Verkehr mit Kriegsgefangenen, besonders mit Sowjets, streng geahndet werden muß und daß in diesem Falle das Vergehen der Angeklagten nur durch Festsetzung einer hohen Gefängnisstrafe geahndet werden konnte.

"Ich hatte einen Dolch, roh - noch nicht richtig verarbeitet. Den habe ich schleifen lassen. Aber nachher kam die grüne Polizei ins Lager. Die haben eben im Lager kontrolliert und da habe ich das weggeworfen. Das war mir dann zu gefährlich. Kam die Polizei oft?

Nein, nicht so oft. Ich hatte auch einen Fotoapparat. Den hatte ich von Bekannten aus Hamburg bekommen und ich glaube, der steht noch immer in Solingen im Rathaus. (...) Als die grüne Polizei (im Lager) war, haben sie diesen Fotoapparat gesehen und mitgenommen und ich habe nie mehr etwas davon gehört."(Bakker)

An der Art und Weise, wie die Niederländer von den deutschen Kollegen behandelt wurden, zeigt sich ein Generationsunterschied. Während die älteren Arbeiter sich mehr oder weniger unbefangen mit den Holländern auch über regimiekritische Fragen unterhielten, zeigten die Jüngeren, die Auszubildenden, die Folgen dauernder politischer Indoktrinierung:

"Wie waren denn die deutschen Kollegen?

Prima, wirklich wahr. Wir mußten uns nur vor den Burschen in acht nehmen, den 17- bis 18jährigen, den Lehrjungen. Denen konnte man nichts anvertrauen, auch über die Engländer nicht. Mit den Erwachsenen konnte man sich einfach über den Krieg unterhalten. Als wir sagten, ihr verliert den Krieg, da lachten sie einfach. Die Burschen nicht; die sind später zur Waffen-SS gegangen. Da mußte man aufpassen. Wir durften (in deren Anwesenheit) nichts reden, sonst hätten die uns eingesperrt. Wir durften nichts sagen."(Franken)

Dementgegen steht ein Erlebnis Bakkers:

"Ja, dieser Finke, das war'n Deutscher. Das war ein sehr guter Mann. Das war der, der auch im KZ gesessen hat, weil er Kommunist war. - Er war sehr still. Er hat auch manchmal gar nichts gesagt. Er sprach auch über diese Sache gar nicht. Ja, das von dem Herrn Finke, das wußte ich (daher): Als ich bei Hendrichs angekommen war, habe ich ein sozialistisches Lied gepfiffen. Herr Finke hat zu mir gesagt: so was darfst du nicht pfeifen und hat mir dann auch erzählt, daß er im Lager war." (Bakker)

### 5. Einschränkungen der Freizügigkeit

Um zu verhindern, daß die "freiwilligen" westlichen Zivilarbeiter in ihre Heimat flüchteten, dort untertauchten und eventuell die dortigen Widerstandsbewegungen verstärkten, versuchten die deutschen Behörden, die Bewegungsfreiheit der Zivilarbeiter einzuschränken. Sie durften nur mit bestimmten Zügen fahren und sich nur in einem gewissen Umkreis vom Aufenthaltsort bewegen. Gestapo-Beamte führten Stichproben an den Bahnhöfen durch. Nachdem bis zum Herbst 1941 die Zahl der niederländischen "Kontraktbrecher" auf rund 18.000 von ca. 60.000 zu diesem Zeitpunkt in Deutschland lebenden Niederländern gestiegen war, verhängten die Deutschen Repressalien.

"Steigend ist die Zahl der in Urlaub fahrenden Westarbeiter. Es sind seit 1.4.43 - 26.5.43 525 Beurlaubungen erfolgt. Geradezu erschreckend sind die Urlaubsüberschreitungen (66 2/3% der Beurlaubungen) sowie das gänzliche Ausbleiben der Westarbeiter (200) aus dem Urlaub. Es sind z.Zt. etwa 200 flüchtige bzw. aus dem Urlaub nicht zurückgekehrte ausländische Arbeitskräfte von den am 15.5.43 beschäftigten 6.500 Ausländern (mit Ostarbeitern). Die eingeleiteten Fahndungen verlaufen, obschon sich seit einiger Zeit die Gestapo mit eingeschaltet hat, ziemlich ergebnislos und stehen in keinem Vergleich zu dem Arbeitsaufwand." (Solinger Kriegschronik zum 31.05.1943)

Flucht, Arbeitsverweigerung, auch das Vortäuschen von Krankheiten mit dem Ziel, nach Hause geschickt zu werden, konnten mit Lagerhaft geahndet werden.

Die kahlgeschorenen Köpfe derjenigen, die nach einigen Monaten zurückkehrten, waren eine Mahnung an die holländischen Kollegen. Bei Hendrichs selbst ist kein Fall vorgekommen, jedoch aus anderen Betrieben bekannt:

"Jan van Hils hat meines Erachtens auch gesessen. Er arbeitete in Ohligs und fiel immer um. Er wurde dann aber arbeitsunfähig geschrieben und konnte (anscheinend) nach Hause. Er kam (aber) mit einer Glatze zurück, vollkommen kahl. Er hat dann noch ein paar Monate gearbeitet und dann konnte er nach Hause. - Er hat im Konzentrationslager gesessen, weil er eben nicht arbeiten wollte. Er fiel nun mal um; und das deuteten die eben als Zeichen, daß er zu faul war zum Arbeiten. Dieser Mann hat zwei bis drei Monate im Straflager durchgemacht. Es ist öfters vorgekommen, daß Leute, die nicht arbeiten wollten, ins Straflager geschickt wurden. Dieses Straflager dauerte ungefähr drei Monate bis ein halbes Jahr, dann kamen sie wieder zurück zur Firma." (Franken)

Hendrichs "löste" das Problem des Kontraktbruchs dadurch, daß er seinen Fremdarbeitern keinen Urlaub mehr gewährte, nachdem einige Niederländer nicht wiedergekommen waren.

"Um Urlaub zu bekommen, mußte man sich an Hendrichs wenden. Nun hatten wir da wenig zu erzählen und auch nichts zu sagen. Es wurde einmal im Jahr festgelegt, wann Urlaub war. Am Anfang natürlich haben wir uns gemeldet, wir haben einen Stempel (in unsere Papiere) verpaßt bekommen, eine Aufenthaltsgenehmigung für Solingen. Aber das war es auch. Wir waren dann so frei wie ein Vogel."(Bakker)

Daher waren Bakker und Franken über zweieinhalb Jahre ununterbrochen in Solingen:

"Sie sind fast zwei Jahre ununterbrochen da gewesen, ohne nach Hause zu können?

Ja, zuerst(war ich) nach 9 Monaten für drei Wochen zu Hause. Dann wieder zurück (zu Hendrichs). Dann (habe ich) zweieinhalb Jahre ohne Unterbrechung bei Hendrichs gearbeitet.

Warum haben Sie keinen Urlaub mehr bekommen?

Wir durften nicht mehr. Sie hatten Angst, daß wir nicht mehr wiederkommen würden.

(...)

Die Holländer, die Urlaub bekamen, kamen meistens nicht zurück und davor hatten die Angst.

Gingen die (die nicht wiederkamen) in den Untergrund?

Ja genau, sie tauchten unter."(Franken)

Franken mußte regelrecht als Bürge für andere Kollegen zurückbleiben:

"Für Frank Leienhorst habe ich Bürge gestanden ("Borg"). Das ging so: Wenn jemand nach Holland wollte, da mußte jemand (anderes) "Borg" stehen. Frank hat zu mir gesagt: Ich gehe nach Holland - aber ich komm nicht mehr zurück. Und das war für mich schlecht, denn deshalb durfte ich die zweieinhalb Jahre nicht mehr nach Holland. Ich mußte dann diese 2 1/2 Jahre durcharbeiten, weil dieser kleine Frank Leienhorst nicht mehr zurückgekehrt ist. (...) Das kam von oben vom Büro. Ich nehm an, von dem Hendrichs selber."

Beschäftigungslosigkeit und Langeweile quälten die Niederländer, die in ihrer Freizeit (an den Wochenenden) völlig sich selbst überlassen waren. Gelegentliche Kinogänge und der Besuch der Ausflugsziele der Umgegend Solingens konnten die fehlenden Kontakte zu Gleichaltrigen nicht wettmachen:

"Durfte man jedes Wochenende machen, was man wollte?

Ja, wir konnten machen, was wir wollten. Wir durften nur nicht mit dem Zug fahren; mit der Straßenbahn wohl. Ja, eigentlich auch nicht (mit der Straßenbahn). (Bakker)

Wenn ich schon mal nach Elten gefahren bin (...), dann brauchte ich eine Bescheinigung, daß ich fahren durfte. (Franken)

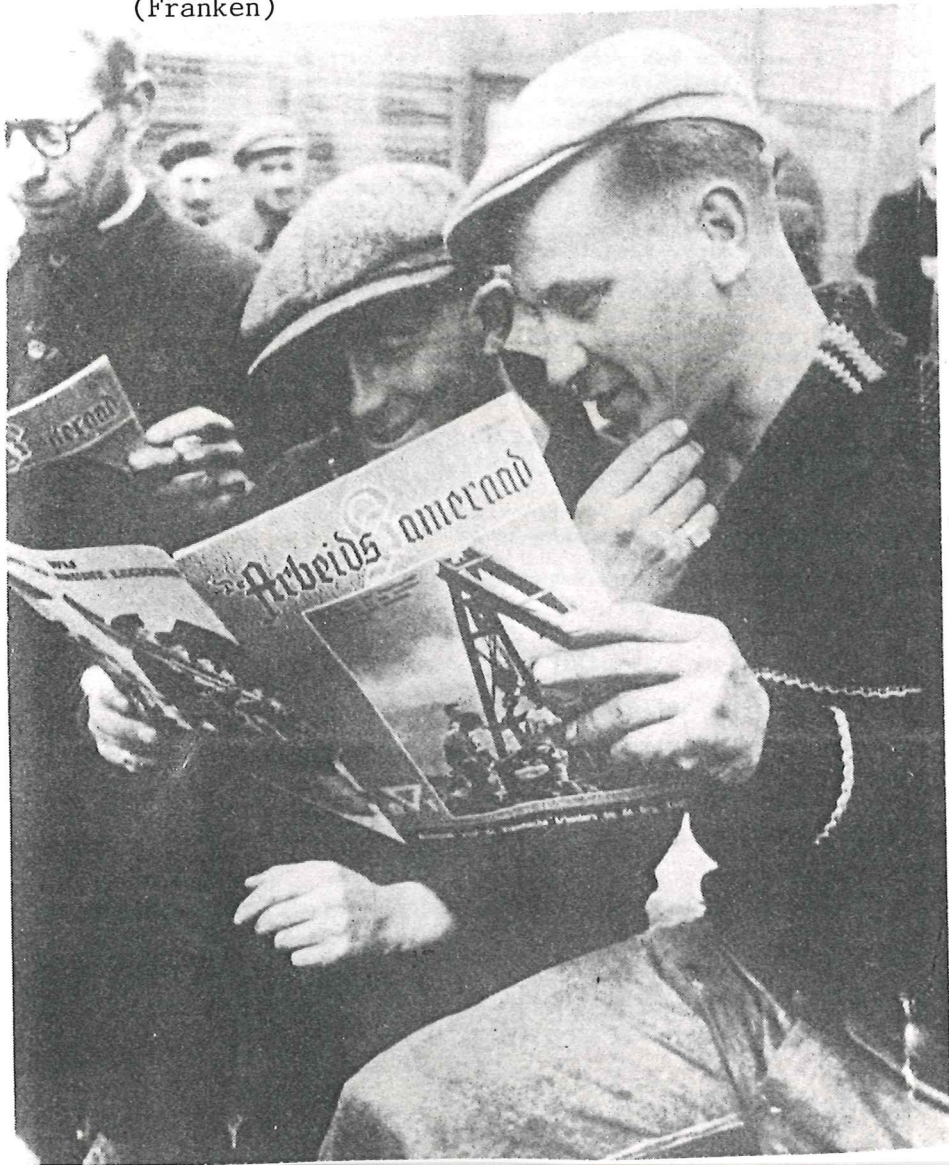


Wir sind wohl mit dem Zug nach Düsseldorf gefahren. Öfters sogar. Ja, man mußte (...) 'nen Schein haben auch für diese kurze Strecke. Bin mal mit einem Kollegen nach Köln gefahren. Wir sind mit dem Zug hingefahren und auch mit dem Zug wieder zurück. - In Ohligs steigen wir aus - und der Jens wird angehalten. Wir haben gesagt, daß wir einen Kranken in Köln besucht haben und na ja, dann hatten wir noch mal Glück gehabt." (Bakker)

Ein weiteres Problem, unter dem die beiden litten, war der zunehmende Verschleiß der Kleidung, die sie nicht erneuern konnten. Anscheinend erhielten sie keine Bekleidungsmarken. (Franken: Ich bin einmal nach Hause gekommen nach 9 Monaten. Da hab ich von zu Hause neue Kleider mitgenommen. Aber dann bin ich 2 1/2 Jahre dageblieben und habe nur diese Paar Sachen gehabt.")

Aus der Heimat konnten sie sich auch nichts schicken lassen, da diese selbst Mangel litt:

"Ich weiß noch gut, ich habe sehr schwere Arbeit gehabt. Bekam auch extra Essen: Speck usw. Diesen Speck brachte ich dann zu meinem Friseur und dafür gab er mir Rasierklingen und Messerchen. Meiner Mutter in Holland habe ich das zugeschickt. Sie bekam für ein Päckchen Rasierklingen wiederum Brot." (Franken)



Niederländische  
Fremdarbeiter

Propaganda-  
foto

6 .Diskriminierung der Fremdarbeiter

Die Diffamierung der Fremdarbeiter und -arbeiterinnen ging bis in Kleinigkeiten.

So wurde die Beförderung ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener in öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem "Problem", das schon 1941 intensiven Briefwechsel zwischen Parteistellen, Verwaltungsbehörden und Städtischen Straßenbahnen auslöste; und immer wieder neu "aufgelegt" wurde:

**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei**

Ortsgruppe

Solingen-Mangenberg

Ortsgruppen-Geschäftsstelle:  
Solingen-Mangenberg, Puffenstr. 12  
Telefon: 248 79  
Eckstraße: 2011, Stadt-Sparkasse Solingen,  
Hauptmühlstr. III, Adolf-Hitler-Platz



Kampfzeitung des Gaues:  
"Rheinische Landeszeitung"  
Solingen, Auf der Börje 57  
Fernruf-Sammelnummer 20665

Gauleitung Düsseldorf

Kreis Niederberg

Solingen-Mangenberg, den 5. 2. 1943  
Puffenstraße 12

Retr.:

Unf. Tagb.-Nr.:

Ubl.:

Der Ortsgruppen-  
leiter

An die  
Städt. Straßenbahn  
z.Hd.d. Pg. v.d. Thüsen

Solinfen

8. FEB. 1943

Einer meiner Mitarbeiter berichtete mir, daß er des öfteren die Beobachtung macht, daß Fremdarbeiter in überfüllten Wagen Sitzplätze eingenommen hatten und keineswegs diese unseren Volksgenossen zur Verfügung stellten.

Da es sich um Fremdarbeiter handelt, die als solche nicht gekennzeichnet sind, würde das Verhalten keinen Aufstoß erregt haben und wäre auch nicht bemerkt worden, wenn es sich nicht durchweg um derart verschmutzte und abgerissene Gestalten handelte, die auf den ersten Blick als Fremdarbeiter zu erkennen wären. Es ist sowieso schon eine Zumutung an unsere Volksgenossen, in einem besetzten Wagen neben diesen Menschen stehen zu müssen, aber es ist kein Zustand, daß die Arbeiter auf der Fahrt nach Hause suchen müssen, wie sich Fremdarbeiter auf den Sitzplätzen breit machen.

Wie erwähnt sind es meist so krasse Fälle, daß das Fahrpersonal ohne jeden Zweifel diese Menschen von deutschen Arbeitern unterscheiden kann und es dürfte nichts im Wege stehen, solche Fremdarbeiter auf den Vorderperron des Anhängers zu verweisen.

Ich bitte Sie, Ihrem Personal entsprechende Anweisungen zu geben.

Heil Hitler!

Der Ortsgruppenleiter

i. V.

O.G.-Hauptstellenleiter

StA Solingen,

631-81-19

Da aber auch OstarbeiterInnen und Kriegsgefangene von den Lagern, die oft weit von den Firmen entfernt lagen, zu ihren Arbeitsstätten gelangen mußten, konnte man sie

im Interesse der ordnungsgemäßen Produktion nicht völlig von der Benutzung der Straßenbahn ausschließen. Ostarbeiter wurden zeitweise in Sonderwagen transportiert oder nur auf der Plattform geduldet (dies 1943 auch nicht mehr). Die Niederländer als Westeuropäer und "freiwillige" Zivilarbeiter durften zwar mitfahren, durften sich aber nicht setzen:

- 1.) An die  
NSDAP.- Ortsgruppe Mangelberg,  
Solingen - Mangelberg,  
Luisenstr. 12

5.2.

62-2- M/L

12. Febr. 43.

Die Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen sind von der Benutzung von planmäßigen Strassenbahnzügen ausgeschlossen. Die übrigen ausländischen Arbeiter dürfen wir von der Benutzung unserer Verkehrsmittel nicht ausschließen bzw. keine Einschränkung eintreten lassen. Unser Personal ist nochmals angewiesen worden, darauf zu achten, dass die ausländischen Arbeiter keine Sitzplätze einnehmen, damit unsere Volksgenossen insbesondere Volksgenossinnen nicht zu stehen brauchen.

Heil Hitler!

- 2.) Abtlg. 2 b zur Kenntnis u. Unterrichtung des Fahrpersonals.  
3.) Zu den Akten.

**Stadt. Strassenbahnen Solingen**

Gelegentlich kam es dabei aufgrund des verwahrlosten äußerlichen Zustandes auch der Niederländer (zu den Gründen s.o.) zu Verwechslungen:

"Ja, die Schaffnerinnen auf der Straßenbahn, das waren schon unmöglich schlechte Frauen. (...) In der Straßenbahn - da kann ich mich noch gut erinnern - ich war zusammen mit (einem Kollegen) unterwegs und wir wollten eben mit der Straßenbahn zurück nach Merscheid. Der Jens, der war nun nicht gerade vor-

nehm gekleidet. Er hatte eben eine alte Jacke an. Der Jens wollte dann eben einsteigen mit dieser alten Jacke und seinen Holzschuhen. Da hat(die Schaffnerin) gerufen: Der drekkige Ausländer kommt nicht rein! Ich habe dann erwidert: Das ist ein Holländer. - Da durfte er reinkommen. Normalerweise war es so, daß wir in der Straßenbahn stehen mußten. Wenn wir uns mal hingesetzt haben und Deutsche kamen, dann mußten wir aufstehen." (Bakker)

"Ich habe mich nie hingesetzt. Ich bin immer stehen geblieben. Es war anders mit den Leuten aus Polen - Polacken nannten sie die - und den Leuten aus Rußland. Die durften (...) überhaupt nicht mit der Straßenbahn fahren." (Franken)

### 7. Kriegsende

Seit den schweren Bombenangriffen auf Solingen im November 1944 stand auch bei Hendrichs die Produktion still. Die Gasleitungen waren getroffen worden und die großen Öfen konnten nicht mehr beheizt werden. Seitdem warteten die Niederländer auf das Kriegsende und die Befreiung, die dann im April 1944 mit den Amerikanern kam:

"Mit der Kapitulation sind wir nach Hause gegangen. Das muß im April gewesen sein. Ende April waren wir in Limburg. Wir sind mit amerikanischen Lastwagen nach Venlo gebracht worden (...) Und von Venlo sind wir dann nach Eindhoven gekommen ins Phillips-Lager. In Venlo sind wir alle von Ungeziefere befreit worden..."(Franken)

"Es kam ein Holländer (zu Hendrichs) und sagte, daß wir uns am nächsten Tag zur Krahenhöhe müßten und uns in der Schule dort melden sollten. Von da aus sind wir abtransportiert worden nach Holland. Ich glaube, das hat zwei bis drei Tage gedauert. Wir sind auf amerikanischen Lastern transportiert worden (...) und ich kann mich noch gut erinnern, es hat sehr stark geschneit. (...) In dem Dorf bekamen wir amerikanische Zigaretten. Als wir in Venlo ankamen, bekamen wir als erstes graue Erbsen zu essen."(Bakker)

Während die Niederländer innerhalb weniger Tage in der Heimat waren, gestaltete sich die Lage der Menschen aus Osteuropa schwieriger. Teilweise hatte man sie in den letzten Tagen des Krieges in ihren Lagern völlig sich selbst überlassen.

Vereinzelt kam es zu Übergriffen von ehemaligen Ostarbeitern auf Deutsche infolge von Racheaktionen oder Lebensmittelbeschaffungen. (Aber auch viele Deutschen griffen in diesen Tagen zur Selbsthilfe.)

Aus einem Inspektionsbericht der Amerikaner:

Ausländer-Sammellager, Schule Brosshaus, Elsässerstraße

Zahl der Bewohner: Angeblich 322 Personen, zumeist Russen, einige Italiener.  
295 Männer, zumeist Kriegsgefangene, 25 Frauen in Groß-Solingen, 2 Kinder

Kein Lagerleiter!

Versorgung mit Essen: Durch die Küche Baverterstr. mit eigenem Personal.

Unglaubliche Zustände: Alle Klassenräume dieses schönen Schulgebäudes sind überfüllt. Nur vereinzelte Betten. Die Ausländer schlafen auf Tischen, Brettern und zum Teil auf der Erde. Auch die Mahlzeiten werden dort eingenommen. Die gesamte Schule ist unwahrscheinlich dreckig. Schulbänke sind in einigen Räumen bis unter die Decke aufgestapelt, Schränke sind aufgebrochen, zum Teil schlafen Männer und Frauen in einem Raum. Es gibt keine oder nur beschädigte Decken, Öfen sind nicht vorhanden. Die Toiletten der Schule werden nicht benutzt. Es wird gesagt, sie seien abgeschlossen. Kein Waschraum. Eine Abwassergrube soll von den Ausländern selbst gegraben worden sein. Sogar die Klassenräume sind verschmutzt. Keine medizinische Betreuung.

Kritik: Unhaltbare Zustände

Solingen, 4./5. 1945

Gez. H.M.  
(Öffentlicher Sozialarbeiter)

StA Solingen 657-10-4  
(aus dem englischen Originaltext  
übersetzt von Geschichtswerkstatt  
Solingen)

Die soziale Entwurzelung und Verwahrlosung der Verschleppten (Displaced Persons oder DP's), die die Deutschen verursacht hatten, begünstigte die Entstehung von Aggression und Kriminalität. - Diese Zusammenhänge jedoch wollte schon 1945 niemand mehr einsehen.

Das von den Amerikanern 1945 in zwangsgeräumten Privathäusern am Mangenberg eingerichtete Polenlager, ein Durchgangslager vor dem Transport in die Heimat (oder oft in die USA oder Kanada), wurde erst am 30.5.1950 an die deutsche Verwaltung übergeben und bis zum 31.7.51 aufgelöst.

In einem Rückfall in Nazi-Jargon begrüßte ein damaliger Redakteur der Rheinischen Post den Wegfall dieses "Schandflecks" und den Wiedereinzug "Bergischer Sauberkeit" (23.9.1950).

Die Geschichte der "Fremdarbeiter" in Solingen war damit beendet; die Geschichte der "Gastarbeiter" begann wenige Jahre später.

Verzeichnis der verwendeten Literatur: (nur die wichtigsten Beiträge)

Aleff, E.: Das Dritte Reich

Hannover <sup>20</sup> 1982 (Edition Zeitgeschehen).

August, J.: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland in den 30er Jahren und der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkriegs. Das Fallbeispiel der polnischen zivilen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen

in: Archiv für Sozialgeschichte XXIV, 1984

Hirschfeld, G.: Der "freiwillige" Arbeitseinsatz niederländischer Fremdarbeiter während des Zweiten Weltkrieges als Krisenstrategie einer nicht-nationalsozialistischen Verwaltung

in: Mommsen, H./Schulze W. (Hg): Vom Elend der Handarbeit, Stuttgart 1981

ders.: Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945

Stuttgart 1984 (Studien zur Zeitgeschichte 12)

Kwiet, K.: Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung Stuttgart 1968 (SchrrdVjschrftZtgesch 17)

Schulz, G.: Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918 - 1945

Göttingen <sup>2</sup> 1982 (Deutsche Geschichte hg. v. J. Leuschner 109)

Alle Fotografien und Wiedergaben von Quellen sowie Statistiken und Tabellen, soweit nicht besonders gekennzeichnet, entstammen der Broschüre:

Fremdarbeiter in Solingen 1939-1945 (hg. v. d. Geschichtswerkstatt Solingen e.V.)

2. erw. Aufl. besorgt von J. Putsch, Leverkusen 1985